

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287.

Freitag, den 7. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Offene Kampfansagen.

Unter einem Andrang, wie ihn der preussische Landtag noch nicht gesehen hat, begann am Mittwoch die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen. Nach einigen verbindlichen und geschickten Einleitungsworten des Grafen Hertling, der sich als preussischer Ministerpräsident vorstellte, entwickelte der Minister des Innern Dr. Drews die Gründe des Regierungsvorwurfs. Drews ist kein „beliebiger Bureaucrat“, sondern ein ehrlicher und entschlossener Wahlrechtsminister. Wenn wirklich, wie Hans Delbrück neulich meinte, das Schicksal der Vorlage davon abhinge, daß der Minister nicht mit der Wimper zuckt, dann würde ihre Annahme wohl sicher sein; aber man darf sich nicht der Täuschung hingeben, daß die Junter vor ein wenig Ministerfertigkeit zurückweichen werden; das Volk selbst wird wohl erst zeigen müssen, wie fest es hinter der Forderung des gleichen Wahlrechtes steht.

Drews umschrieb zunächst die bekanntlich ausgezeichnete schriftliche Begründung des Wahlreform-Entwurfs. Er gab zu, daß es eine zwingende logische Begründung für kein Wahlrecht gebe, da man keinen Maßstab habe, den Wert und die Leistung jedes einzelnen für den Staat zu messen. Aber nur das gleiche Wahlrecht könne dem preussischen Volke Liebe, Hingabe und Vertrauen zum Staat einflößen. Deshalb habe es die Krone wiederholt feierlich versprochen, deshalb müsse es verwirklicht werden. Über darüber hinaus gab Drews zwei wichtige Erklärungen ab. Jedes Plural-Wahlrecht trägt mit seinen Mehrstimmen für die Regierung den Charakter eines Klassenwahlrechtes, für das in Preußen kein Raum mehr ist. Und jedes Formal- — gleiches — Wahlrecht, welches nicht für das ganze Volk, sondern nur einzelne Stände zur Abstimmung ruft und so ein Parlament nach Verufen schafft, ist gleichfalls für sie unannehmbar. Die Regierung versteht das Versprechen des gleichen Wahlrechtes im Sinne der Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen und ist entschlossen, alle ihre zu Gebot stehenden verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um es in Preußen durchzusetzen.

Diese kräftigen Worte des Wahlrechtsministers fanden auf der Rechten, die Hertlings Bitte um Mitwirkung mit treulichem Schweigen aufgenommen hatte, stürmischen Widerspruch. Den ganzen Vortag über die kraftvolle Entschlossenheit des Wahlrechtsministers drückte Heidebrand, der konservative Wortführer, alsbald in den ersten Worten seiner Rede aus, als er jenem entgegenete, mit solchen allgemeinen Redensarten könne man auch die Einführung der Republik in Preußen begründen.

Im übrigen operierte Heidebrand sehr merkwürdig. Er sprach über das Wahlrecht so kurz und vorsichtig wie möglich. Er betonte die plötzliche weit gehende Bereitschaft der Konservativen zur gründlichen Reform des Dreiklassen-Wahlrechtes; nur das gleiche Wahlrecht lehnten sie einstimmig ab. Dann aber verwandte er den Hauptteil seiner Rede darauf, zwischen Krone und Volk neue Mißverständnisse zu entfachen und Preußen gegen andere Bundesstaaten auszuspielen. Gewiß habe die Krone die Wahlreform versprochen, aber in verschiedenen Stappen; das sei ein Beweis, daß die Ankündigung des gleichen Wahlrechtes ihr nur unter Ausnutzung der schweren Notlage des Reiches abgepreßt worden sei. Darüber hinaus habe Hertling Kronrechte preisgegeben, als er sich vom Reichstag ein Programm und eine Anzahl Minister aufzwingen ließ. Preußen sei dadurch, daß Deutschland geradenwegs auf das parlamentarische System zusteure, verraten und verkauft. Heidebrand schloß mit der scharfen Erklärung, daß die Konservativen auf jede Gefahr hin, selbst wenn sie vorübergehend politische Niederlagen erlitten, den Kampf gegen die Demokratisierung Deutschlands fortsetzen würden.

Heidebrand sprach wie stets außerordentlich wirksam. Nur einige wichtige Zwischenrufe beeinträchtigten die Wirkung seiner Worte. So mußte er, als er sehr pathetisch versicherte, auch die Konservativen hätten Vertrauen zum Volk, die Entgegnung hinnehmen, aber das Volk kein Vertrauen zu den Konservativen. Und als er in den höchsten Tönen beklagte, die Regierung habe Direktiven angenommen von einer Mehrheit, scholl es dagegen: die nicht konservativ ist. So ging es während dieser Kampfrede gegen das gleiche Wahlrecht aufgeregt hin. Hertling antwortete sofort und bestritt sehr geschickt, seine persönliche Überzeugung oder die Vorrechte des Kaisers irgendwie beeinträchtigt zu haben; er wies diesen Vorwurf zurück ohne daß jachlich seine Verständigung mit den Mehrheitsparteien des Reichstages irgendwie preisgegeben.

Aber dies alles war Beiwert. Der Kern des Streites ist nur das gleiche Wahlrecht und nichts anderes. Drews hatte das richtig erkannt. Ueber die Anständigkeitsklausel sagte er nur den einen kurzen Satz, er habe sie aus dem Wahlrecht Württembergs genommen. Sonst aber hielt er fest auf dem Zielpunkt des gleichen Rechtes zu. Als der Finanzminister Hergt in einer langen Rede die neuen etatrechtlichen Bestimmungen begründen wollte, hörte kein Mensch zu. In der Tat bewies er, daß die Vorlage von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung sind. Heidebrand mußte genau, daß alles sich nur um das gleiche Wahl-

recht dreht, und daß gerade die Stellung der Konservativen in diesem Punkte unhaltbar schwach ist. Deshalb lenkte er ab auf die Stellung der Krone, auf den Parlamentarismus, auf die Polenpolitik, auf die Friedens-Resolution, auf Hertlings Herkunft aus Bayern und Bayers schwäbische Abstammung, auf hundert andere Dinge. Dieses Ablenkungsmanöver darf niemanden verwirren. Es geht ums gleiche Wahlrecht, ums Wahlrecht der Feldgrauen und der Kriegsbekämpften, und um sonst gar nichts.

Wider willen hat das Abgeordnetenhaus schon heute diese Erkenntnis mächtig gefördert, indem es lebhaft wurde, sobald das Wahlrecht an der Reihe war, und bei allen anderen Fragen teilnahmslos blieb. Das ist umso wichtiger, als die Aussichten für das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus nicht günstig stehen. Kommt es zum offenen Konflikt, wie wahrscheinlich, dann wird alles davon abhängen, die eine einzige entscheidende Frage scharf herauszuarbeiten. Allem Anscheine nach ist die Regierung jetzt wahlrechtsentschlossen. Öffentlich ist auch das Volk für den Wahlrechtskampf auf den Posten.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen fort. Der nationalliberale Abg. Dr. Lohmann gab der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Regierung schon früher die Führung im Wahlrechtskampf übernommen hätte, die Schwierigkeiten heute geringer sein würden. Die Schuld liege aber nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denjenigen Parteien und Personen, welche die Reform verhindert hätten, vor allem bei den Konservativen. Ueber die Stellung seiner Freunde könne er sich noch nicht endgültig äußern. Dem Willen der neuen Zeit würde sich niemand entziehen. Einige seiner Freunde seien unter der Wirkung des Krieges für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden; aber auch sie wünschten Sicherheiten dagegen, daß die gebildeten und besitzenden Schichten nicht einfach von den Massen erdrückt werden. Die große Mehrheit seiner Freunde habe jedoch schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht.

Abg. Ströbel (U. S.), der nach Lohmann zu Wort kam, übte gleichfalls Kritik an der Vorlage, wobei er allerdings von wesentlich anderen Gesichtspunkten ausging. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorlage nur Flickwerk sei, sie sei Schein- und Kaugold. Die Regierung sei auf halbem Wege stehen geblieben. Eine wirkliche Reform könne er in der Vorlage nicht erblicken. Ganz besonders wandte er sich gegen die Absichten auf Reformierung des

Herrenhauses, dessen völlige Beseitigung er verlangte und gegen die Erweiterung der Machtbefugnisse des Hauses. Den größten Teil seiner fast zweistündigen Rede füllte eine Besprechung der Kriegsziele aus, wie sie sich die unabhängige Sozialdemokratie gestellt hat. Ströbel zog sich hierbei einmal einen Ordnungsruf zu und wurde auch sonst wiederholt von stürmischer Entrüstung auf der Rechten unterbrochen.

Nach Ströbel griff der Vizepräsident Dr. Friedberg in die Debatte ein. Seine Rede war darauf berechnet, sowohl den Widerstand der Konservativen, als auch der Nationalliberalen und des Zentrums gegen ein gleiches Wahlrecht zu brechen. Man muß zugeben, daß er sich als langjähriger Parlamentarier in recht geschickter Weise seiner Aufgabe unterzog. Er bemühte sich, die dem gleichen Wahlrecht abholden und für ein Pluralwahlrecht schwärmenden Parteien mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, indem er ihnen die Gründe vorhielt, die sie selbst früher gegen ein Pluralwahlrecht ins Feld geführt haben. Den größten Trumph behielt er sich bis zuletzt vor, als er auf den Druck hinwies, den die Wähler auf die Reichstagsabgeordneten ausüben würden und die Gefahr schilderte, die für die bürgerlichen Parteien daraus erwachsen würde, wenn inselge Ablehnung des gleichen Wahlrechtes die Sozialdemokratie im Reichstage verstärkt würde.

Abg. Freiherr v. Jedlich wandte sich besonders scharf gegen jedes Eingreifen des Reichstages in die inneren Angelegenheiten Preußens, und Abg. Senba (Polen) traf, wie es die Polen von jeher getan haben, für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. — Hierauf wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Die beiden ersten Verhandlungstage sind gerade nicht geeignet, die Hoffnungen auf eine durchgreifende freiheitliche Reform des Dreiklassenwahlrechtes durch das Abgeordnetenhaus zu heben. 148 entschlossenen Gegnern des freien Wahlrechtes stehen nur 57 unbedingte Anhänger entgegen. Die Entscheidung liegt bei den 54 Freikonservativen, den 73 Nationalliberalen und den 103 Zentrumsleuten. Die letzteren haben viele Gegner in ihren Reihen, die Nationalliberalen haben wiederum bewiesen, daß sie nichts anderes als schwankende Gestalten sind. Und die Freikonservativen? Wer sich auf sie verläßt, ist verlassen genug. Die Aussichten sind also sehr gering. Ob es trotzdem gelingen wird, durch die Verhandlungen im Ausschuß, dem auch ein Angehöriger der sozialdemokratischen Fraktion angehört, etwas Erprobliches herauszuholen, muß abgewartet werden. Wir zweifeln daran!

Zehn Tage Waffenstillstand im Osten.

Wie der gestrige Heeresbericht meldet, ist für die gewaltige Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen auf zehn Tage, am heutigen Freitag beginnend, Waffenruhe vereinbart worden. Weiter heißt es, daß die Verhandlungen in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Während dieser zehn Tage werden sich die Unterhändler mit weiteren Informationen über den abzuschließenden Waffenstillstand versehen. Weiter aber wird die russische Regierung das entscheidende Votum der am 11. zusammentretenden Nationalversammlung einholen. Dieses Votum wird, woran heute kaum mehr gezweifelt werden kann, sich für den Frieden aussprechen. Und auf dieser Grundlage werden die Verhandlungen ihren weiteren Fortgang nehmen, ob nun mit — was wir natürlich wünschen möchten — oder ohne die übrigen Ententestaaten.

In England will man übrigens an die Einleitung auch von Rumänien gewünschter Waffenstillstandsverhandlungen nicht glauben. Amtlich wird nämlich aus London gemeldet: „In Wien wurde heute amtlich bekannt gemacht, daß der Kommandant der russisch-rumänischen Truppen sich an den österreichischen Kommandanten mit dem Ersuchen gewandt habe, Waffenstillstandsverhandlungen zu eröffnen. In dieser schamlosen Mitteilung ist kein wahres Wort.“ — Diese „schamlose“ Mitteilung ist nun aber doch wahr, wie der Abschluß der zehntägigen Waffenruhe auch an der rumänischen Front beweist. Was wird man nun in England sagen?

Zu den Waffenstillstands-Verhandlungen wird aus Petersburg noch gemeldet: In den Regierungsgebäuden und dem Smolny-Institut verlautet, daß die Deutschen nicht so leicht mit sich verhandeln lassen, wie man erwartet

hatte. Eins sei klar, und ganz Rußland ist der Ansicht, daß der Krieg um jeden Preis eingestellt werden muß. Selbst das Organ der sozialrevolutionären Partei (Gemäßigte und Gegner der Bolschewiki) schreibt in diesem Sinne. Trocki sagte, daß über den Aufenthalt der ausländischen Militärattachés im Hauptquartier nichts bekannt sei. Man nimmt an, daß sie nach Kiew gegangen sind. Weiter erklärte er, Deutschland sei davon verständigt worden, daß, wenn es zum Waffenstillstand komme, es keine Truppen nach der Westfront werfen dürfe, um die Engländer und Franzosen zu zerschmettern, während die Friedensverhandlungen andauern.

Die Kriegslage.

Die englische Niederlage bei Cambrai.

Unter ungeheuren Verlusten erlitten die Engländer am 6. Dezember auf dem Schlachtfelde von Cambrai eine schwere Niederlage.

Nach dem blutigen Scheitern der 16 großen Flandernschlachten, die nach englischem Eingeständnis der Eroberung der deutschen U-Boot-Basis galt, in denen die Blüte des englischen Heeres nutzlos geopfert wurde, wollten die Engländer mit ihrer Offensive auf Cambrai noch einmal versuchen, die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Sie spielten va banque. Nach dem anfänglichen Geländegewinn, den die Gloden St. Pauls dem englischen Volke als großen Sieg verkündeten, gestaltete sich dieser angebliche Erfolg zu einem schweren Zusammenbruch der englischen Hoffnungen. Durch unsere am 30. November einsetzenden dauernden Gegenstöße und unser anhaltendes Artilleriefeuer und zermürbt durch den steten Geländeverlust des teuer erkaufte Bodens vermochte der Engländer dem Druck der deutschen Truppen nicht mehr standzuhalten. Er wich aus einem großen Teile seiner Stellungen nach schweren Verlusten zurück. Unser konzentrisches Feuer von drei Seiten dezimierte die dicken Kolonnen des weichen Feindes. Im scharfen Nachdrängen nahmen unsere Truppen die Dörfer Graincourt und Anneux, und eroberten ferner Cantaing, Noelle, sowie das beherrschende Höhen-gelände des Bois de Neufs. Auch südlich von Maroing wurden im Handgranatenkampfe ebenfalls unsere Linien weiter vorgeschoben.

Unsere Krieger griffen wirksam mit Maschinengewehren und Bomben den zurückgehenden Gegner an und fügten ihm dauernd schwere Verluste zu. Unter den mehr als 9000 Gefangenen in der Schlacht von Cambrai befinden sich 208 Offiziere. Außer 418 Geschützen und 716 Maschinengewehren wurden zahlreiche Tanks erbeutet, die in großer Anhäufung zertrümmert und zerstört das Schlachtfeld bedeckten. Die außerordentlich schweren Opfer, die das britische Heer hier in den heißen Kampfjahren bringen mußte, konnten an den unzähligen Leichen gefallener englischer Krieger festgestellt werden, die auf den Höhen, in den Wäldern, Dörfern und Gehöften, vor allem aber im Bourlon-Walde liegen blieben. Um dieses Waldgelände, das englische Gefangene als die „Bourlonhöhle“ bezeichnet, ist in all den Tagen erbittert gekämpft worden. Der geschlagene Feind schreckte nicht zurück, während seines Rückzuges rücksichtslos die geräumten Dörfer seines französischen Bundesgenossen in Brand zu stecken und durch Sprengung zu vernichten. Ganze Teile der dicht bewohnten französischen Stadt Cambrai beschloß er mit schwerem Kaliber und belegte sie mit zahlreichen Bomben. Er richtete dort schwere Zerstörungen an, rief, statt unter deutschen Soldaten, erhebliche Verluste unter der französischen Zivilbevölkerung hervor. Der durch die schwere Niederlage erlittene Rückschlag bei Cambrai und die angerichteten nutzlosen Verwüstungen werden nicht dazu dienen, das Vertrauen der Franzosen zu diesem Bundesgenossen zu erhöhen, den allein die schwere Verantwortung für die Verlängerung des Krieges und für den damit verbundenen Massenmord und die Verwüstungen des reichen französischen Landes seit dem 12. Dezember 1916 trifft.

In Flandern nahm am 5. Dezember das Feuer gegen Mittag vom Vlaant-See bis südlich von Ypern erheblich an Stärke zu. Besonders vom Houthouster-Walde bis Beelaere bekämpfte der Gegner planmäßig mit teilweise beträchtlichem Munitionseinsatz unsere Stellungen. Wir nahmen im Vorgelände gemeldete Bewegungen unter wirksamer Vernichtungsgeschützfeuer und brachten an verschiedenen Stellen Gefangene ein. Südlich von St. Quentin lag, wie an den Vortagen, erhöhtes Mienenfeuer auf unseren Gräben. Am 6. Dezember frühmorgens erfolgte nach starker Mienenfeuertorbereitung ein feindlicher Patrouillenvorstoß, der reiflos abgewiesen wurde.

In den Argonnen kam nach lebhafterem feindlicher Feuer ein französisches Unternehmen in unserer Artilleriewirkung nicht zur Durchführung.

Gleichzeitig mit der schweren Niederlage der Engländer bei Cambrai werden aus erfolgreichen Kämpfen auf der Westfront neue 1100 italienische Gefangene und 60 erbeutete Geschütze gemeldet, die wiederum die ungeheuren Verlustzahlen der Italiener in der 12. Isonzo-Schlacht bedenklich erhöhen.

Die Heeresberichte.

Berlin, 6. Dezember, abends. (Amtlich.)
Südwestlich Cambrai wurde Marcoing vom Feinde gesäubert. Von den anderen Fronten bisher nichts Neues.

Wien, 6. Dezember. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsjahresplan.

Gestern wurde zwischen Rußland und den Verbündeten eine zehntägige Waffenruhe vereinbart. Sie beginnt für alle russischen Fronten am 7. Dezember, 12 Uhr mittags. Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern fort.

Italienischer Kriegsjahresplan.

Der Feind erlitt auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden eine schwere Niederlage. Am 4. Dezember brachen nach mächtiger Artillerievorbereitung, an der auch deutsche Batterien mitwirkten, die Truppen des Generalfeldmarschalls Conrad zum Angriff gegen die Gebirgsstellungen des Meletta-Gebietes vor. Die in gewaltiger Ueberhöhung angelegten und reich ausgerüsteten Abwehreinrichtungen wählten die mit aller Fähigkeit geführte Verteidigung. Hoher Schnee und strenge Kälte erschwerten das Vorwärtstommen. Die fortwährende Angriffsvorbereitung und die Tapferkeit unserer aus allen Teilen Oesterreichs und Ungarns kommenden Angreifer wußten jeder Gegenwirkung Herr zu werden. Vorgestern früh fielen der Monte Vodeleche und der Monte Longacciar. Am Mittag hand das Kaiserjäger-Regiment Nummer 3 auf dem Monte Bielle. Gegen Abend brach vor unserem umfassenden Aufmarsch der italienische Widerstand auf dem Meletta zusammen. Die von Salestagna herausstrebenden Verstärkungen des Gegners wurden durch die züchtig der Brenta stehenden Batterien in der Flanke gefaßt. — In den gestrigen Morgenstunden verlor nach erbittertem Ringen der Feind den Monte Zomo und die Rückzugstellung bei Zoga. Um 2 Uhr nachmittags streckte, seit 21 Stunden völlig eingeschlossen, die tapferen italienische Besatzung auf dem Monte Castiglomberto die Waffen. Alles Gelände nördlich der Frengela-Schlucht ist in unserer Hand. Neben großen blutigen Opfern lösten die Italiener an diesen zwei Tagen über 11000 Mann an Gefangenen und über 50 Geschütze ein. Unsere Verluste sind, dank unserer geschickten Kampfführung, gering. — Bei Jonjon, wo wir seit Wochen auf dem westlichen Piave-Ufer stehen, hielt am 4. Dezember das auf allen Kriegsjahresplan hervorgehobene bewährte Egerländer Infanterie-Regiment Nr. 73 mehrstündigem Anstürmen überlegener Kräfte stand.

Rußland.

eine sibirische Republik in der Arim.
Die „Köln. Ztg.“ meldet von der sibirischen Grenze: Wie die Pariser Blätter aus Petersburg melden, hat sich in der Arim eine unabhängige sibirische Republik gebildet. Auch im Kaukasus soll ein selbständiger Staat im Entstehen sein. Ein Komitee wurde zum Kriegsminister ernannt.

Estländische Selbständigkeit.

„Estländische Selbständigkeit“ meldet aus Haparanda: Der estländische Landtag beschloß die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die über die Bildung eines selbständigen Staates Estland einen Beschluß fassen soll. Gleichzeitig beschloß der Landtag, daß die höchste Macht zurzeit in seinen Händen liegt. Er erließ einen Aufruf an alle estländischen Soldaten, in dem er die erste Lage des Landes schildert und die Soldaten anfordert, sofort in die Heimat zurückzukehren und sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen.

England.

England und Rußland.
In Unterhause wurde King Fragen über die Satisfaktion des Russen Tschichow an die Regierung stellen und seine Freilassung beantragen, um ein besseres Verhältnis mit Rußland zu erzielen, vergistete aber auf Wunsch der Regierung darauf.



Der Seetrieg.

Der amerikanische Kriegs-Staatshaushalt.
Der dem Kongreß vorgelegte Staatshaushalts-Voranschlag fordert 13 Milliarden Dollar. Dies ist die größte Vorlage in der Geschichte des amerikanischen Volkes. Ueber 11 Milliarden wurden für Kriegszwecke verlangt. Die Voranschläge für Heer und Flotte betragen 6615 Millionen und 1014 Millionen, während für Signaldienste, einschließlich des Flugwekens, 1138 Millionen verlangt werden, darunter 640 Millionen für die Luftflotte.

Wilson's Botschaft über seine Kriegsziele.

Wilson hielt im Kongreß eine Rede, in der er sagte: Ich will nicht darauf zurückkommen, die Ursachen des Krieges und die Zeit des unerträglichen Unrechts, das von den unheilvollen Herren Deutschlands uns zugefügt oder gegen uns geplant wurde, zu besprechen. Das ist seit langem jedem echten Amerikaner in zu großem Maße offensichtlich und verabscheuungswürdig geworden, um seine Wiederholung notwendig zu machen. Aber ich möchte Sie auffordern, wiederum und mit sehr genauer Prüfung unsere Ziele und die Mittel, durch welche wir sie erreichen wollen, zu überprüfen. Denn der Zweck der Besprechung hier an diesem Ort ist Handeln. Und unser Handeln muß sich in gerader Richtung auf die endgültigen Ziele hin bewegen. Es ist natürlich unser Ziel, den Krieg zu gewinnen, und wir werden unsere Schritte nicht verlangsamen, noch werden wir uns vom Wege abbringen lassen, bis er gewonnen ist. Es lohnt sich nun, die Frage zu stellen und zu beantworten: Wann sollen wir den Krieg als gewonnen betrachten? Von einem Gesichtspunkte aus ist es notwendig, diese Frage von grundlegender Bedeutung aufzurollen. Ich zweifle nicht, daß das amerikanische Volk weiß, um was es sich bei dem Kriege handelt, und welches Ergebnis es als die Verwirklichung seiner Ziele in diesem Kriege betrachtet. Als Nation sind wir uns im Geiste und in unseren Absichten einig. Ich achte wenig auf diejenigen, die mir etwas anderes sagen. Ich höre Stimmen, die anderer Meinung sind. Wer läßt das nicht? Ich höre den Lärm und das Murren der Schreiber, der Gedankenlosen und der Unruhbestifter. Ich sehe auch, wie Leute hier und da über den Frieden reden, die weder etwas von seinen Grundlagen, noch von den Mitteln verstehen, durch den wir ihn mit aufrechtem Blick und ungebrochenem Geiste erreichen können, aber ich weiß, daß keiner von ihnen im Namen der Nation spricht. Sie rühren niemand das Herz. Sie mögen ruhig beiseite gelassen und vergessen werden. Aber von einem anderen Gesichtspunkte aus ist es notwendig klar zu sagen, was wir hier, die wir zu handeln haben, als Zweck des Krieges betrachten und welche Rolle wir bei der Regelung der sich aus ihm ergebenden Grundfragen spielen wollen. Wir sind die Sprecher des amerikanischen Volkes, und dieses Volk hat das Recht, zu erfahren, ob sein Ziel das unsere ist. Es wünscht den Frieden zu erlangen durch Ueberwindung des Übels, indem ein für allemal die finsternen Mächte geschlagen werden, die den Frieden unterbrochen haben und ihn unmöglich machen, und es wünscht zu wissen, wie eng seine Gedanken mit den unseren verbunden sind und was wir zu tun beabsichtigen. Es ist unwillig, tief enttäuscht unwillig gegen jene Leute, die den Frieden durch eine Art Kompromiß zu erlangen wünschen, aber es wird denselben Unwillen gegen uns richten, wenn wir ihm nicht klar machen, was unsere Ziele sind und was wir planen, indem wir den Frieden durch die Waffen zu erobern suchen.

Ich glaube, ich spreche für das Volk, und ich sage zweierlei: Erstens, daß diese unerträgliche Erbseimung, deren häßliches Gesicht die Herren Deutschlands zeigen, diese Bedrohung durch Anarchie, verbunden mit Stärke, als welche wir die deutsche Macht jetzt so deutlich sehen, ohne Gewissen, Ehre oder Eignung für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden, zu Boden geschlagen und, wenn nicht völlig aus der Welt geschafft, so doch von dem freundlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß. Zweitens, daß, wenn diese Erbseimung und ihre Macht wirklich beendet ist und die Zeit kommt, wo wir über den Frieden verhandeln können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir vertrauen können, und wenn diese Sprecher bereit sein werden, namens ihres Volkes ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig Grundlage für Gesetze und Verträge über das Leben der Welt sein soll — daß wir dann willig und froh sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und dies ohne Murren. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird: es wird die volle, unparteiische Gerechtigkeit in jeder Beziehung und für jedes Volk. Dieses schließliche Uebereinkommen müssen unsere Feinde ebenso gut wie unsere Freunde abschließen. Laßt uns wiederholen, daß der Antokratie zuerst die völlige Ausschließung ihrer Ansprüche auf Macht oder Führerschaft in der modernen Welt gezeigt werden muß. Es ist unmöglich, irgend einen Anspruch der Gerechtigkeit anzuwenden, solange solche Kräfte nicht mattgesetzt oder vernichtet sind, wie die, über welche die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands verfügen. Nicht eher, als bis das vollbracht ist, kann das Recht als Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Völkern eingesetzt werden. Aber wenn es vollbracht ist, wie es mit Gottes Hilfe (!) früher der Fall sein wird, so werden wir die Freiheit haben, etwas zu tun, was nie vorher getan wurde, und jetzt ist es Zeit, unsere Absicht, dies zu tun, bekümmert auszusprechen: wir werden die Freiheit haben, den Frieden auf Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zu gründen unter Ausschließung aller selbständigen Ansprüche auf Vorteile, selbst bei den Engern. Lassen Sie hier kein Mißverständnis obwalten. Unsere angeblichste Aufgabe ist die, den Krieg zu gewinnen. Nichts wird uns davon abbringen, bis es erfüllt ist. Alle Macht, alle Hilfsmittel, die wir besitzen, an Menschen, Geld und Rohstoffen, sind zur Hand und werden ihr weiterhin gewidmet sein, bis unser Zweck erfüllt ist. Wir haben ebenso wie die Stimmen der Menschlichkeit, die täglich vernachlässigt, deutlicher, überzeugender und überhebender werden und überall aus dem Munde der Menschen kommen. Sie sprechen davon, daß der

Krieg nicht mit einem Raschheit irgendwelcher Art enden soll, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines einzelnen Landes ein schweres, verabscheuungswürdiges Unrecht begangen. Es ist dieser Gedanke, der in der Formel „Keine Annexionen und keine Kontributionen, keine zur Strafe auferlegten Entschädigungen“ zum Ausdruck gelangt. Gerade weil diese unsere Formel ein instinktives Urteil über das Recht der einfachen Menschen der ganzen Welt ausdrückt, wurde sie von den Meistern deutscher Intrigue sorgfältig ausgenutzt, um die Völker Rußlands und aller anderen Länder, die ihre eigenen Interessen konnten, treuzuführen in der Absicht, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen, ehe die Antokratie ihre endgültige, überzeugende Aktion erhalten hat und die Völker der Welt das Recht haben, ihre eigenen Schicksale zu bestimmen. Denjenigen, welche den Frieden zustande zu bringen wünschen, ehe dieser Zweck erreicht ist, empfehle ich, ihren Rat anderswo anzufragen. Wir wollen nichts davon wissen, und werden den Krieg nur als gewonnen betrachten, wenn das deutsche Volk zu uns durch Entsprechung beabsichtigte Vertreter sent, doch es bereit ist, einem Antokraten zuzustimmen, das auf Gerechtigkeit und Sühne des Unrechts, das seine Herrscher begangen haben, beruht. Sie begingen Belgien gegenüber ein Unrecht, das gut gemacht werden muß. Sie dehnten ihre Macht, die sie wieder aufgeben müssen, auch über andere Völker aus, nämlich über Ungarn, über die bisher freien Balkanstaaten, über die Türkei und nach Asien. Wir müßten den Deutschland nicht den durch Geschicklichkeit, Fleiß, Wissen und Unternehmungsgeist erzielten Erfolg, sondern ihm nicht im Wege und waren eher geneigt, ihn zu bewundern. Deutschland haute für sich ein wahres Weltreich von Handel und Einfluß auf, das es sich durch den Weltfrieden gesichert hatte. Wir begünstigten uns, mit dem Wettbewerb der Industrie, der Wissenschaft und des Handels uns abzumessen, der für uns durch Deutschlands Erfolg mit sich gebracht wurde, mitunter aber zurückzuführen, je nachdem wir Fähigkeit und Initiative hatten oder nicht, Deutschland zu übertreffen. Aber in dem Augenblick, wo es die friedlichen Triumphe geerntet hatte, warf Deutschland sie weg, um an ihre Stelle zu setzen, was die Welt nie mehr ertragen wird, nämlich die militärische und politische Oberherrschaft durch Waffengewalt, um damit die Rivalen, die es nicht übertreffen konnte, und die es am meisten fürchtete und hasste, aus dem Sattel zu heben.

Der Frieden, den wir schließen, muß das Unrecht abstellen, er muß die einstmaligen schönen Landschaften und glücklichen Völker Belgiens und Nordfrankreichs von der preussischen Eroberung und Bedrohung befreien, aber auch die Völker Oesterreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei, sowohl in Europa wie in Asien, von der unversöhnlichen Fremdherrschaft der militärischen und Handelsautokratie Preußens befreien. Jedoch sind wir es uns selbst schuldig, zu sagen, daß wir keineswegs wünschen, Oesterreich-Ungarn zu schwächen oder zu (hier ist die Deutsche verstimmt). Es geht uns nichts an, was es mit seinem eigenen Leben industriell oder politisch anfangen will.

Was wollen wir tun, um diesen Krieg für Freiheit und Gerechtigkeit zu einem geordneten Ende zu bringen? Wir müssen alle Hindernisse des Erfolges gründlich beseitigen und unsere Gesetze nach jeder Richtung hin einrichten, daß sie den vollen, freien Gebrauch unserer Fähigkeiten und Kräfte als kriegsführende Macht fördern. Ein sehr störendes Hindernis dafür ist, daß wir zwar mit Deutschland im Kriege sind, aber nicht mit seinen Verbündeten; daher empfehle ich dem Kongreß dringend, den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn sofort zu erklären. Befremdet Sie dieses Ergebnis meiner Ihnen eben gegebenen Beweisführung? Nein! Es ist tatsächlich eine unermessliche Folgerung daraus, was ich jetzt habe. Oesterreich-Ungarn ist augenblicklich nicht sein eigener Herr, sondern einfach ein Vasall der deutschen Regierung. Wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind und ohne ein Gefühl der Schwäche danach handeln. Die österreichisch-ungarische Regierung handelt nicht nach ihrem eigenen Willen, oder entsprechend den Wünschen und Gefühlen des eigenen Volkes, sondern als Werkzeug einer anderen Nation. Wir müssen ihm entgegenzutreten und die Mittel-mächte als Einheit ansehen; anders kann der Krieg nicht erfolgreich durchgeführt werden. Dasselbe Folgerung würde auch zur Kriegserklärung gegen die Türkei und Bulgarien führen. Auch sie sind Werkzeuge Deutschlands, aber nur Werkzeuge; sie stehen unseren sich als notwendig ergebenden Aktionen noch nicht unmittelbar im Wege. Wohin die Erfordernisse des Krieges auch treiben, dahin werden wir gehen; aber mir scheint, daß wir nur dahin gehen sollten, wohin unmittelbare praktische Erwägungen uns führen, ohne uns auf andere Erwägungen einzulassen. Wir haben nicht die Absicht oder den Wunsch, Oesterreich-Ungarn vorzuschreiten zu machen. Nur wünschen wir zu sehen, daß alle seine großen und kleinen Angelegenheiten in seinen Händen seien. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und dem türkischen Reich das Recht und die Gelegenheit zu verschaffen, ihr eigenes Leben sicher zu gestalten und gegenüber der Unterdrückung, Ungerechtigkeit und den Befehlen fremder Höfe und Parteien selbst ihres Glückes Schmiech zu sein.

Deutschland gegenüber haben wir dieselben Ansichten. Wir beabsichtigen kein Unrecht gegen das Deutsche Reich, noch eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Wir würden das eine wie das andere schlechthin ungerechtfertigt und vollständig unvereinbar mit unseren Grundgesetzen halten, denen wir während des ganzen Lebens als Nation nachleben und die hochzuhalten wir beabsichtigen gewesen waren. Das deutsche Volk läßt sich von Männern, denen es jetzt möglich ist, es zu betrügen und als seine Herren zu handeln, erzählen, daß es um das nackte Dasein des Reiches den Krieg der verzweifeltsten Selbstverteidigung führe gegen einen überlegenen Angriff. Es gibt keine plumpere und hoshaftere Lüge. Wir müssen versuchen, durch völlige Offenheit und Aufrichtigkeit in bezug auf unsere wirklichen Ziele die Deutschen von der Unrichtigkeit zu überzeugen. Tatsächlich kämpfen wir für unsere Befreiung von der Furcht, wie von der Tatsache ungerichteter Angriffe durch Nachbarn, Nebenbuhler und durch Männer, die der Welt Herrschaft nachjagen. Kein Mensch bedroht das Dasein und die Unabhängigkeit des friedlichen Deutschen Reiches.

Das Schlimmste, was zum Schaden des deutschen Volkes geschehen könnte, wäre, daß, wenn es nach dem Kriege weiter unter ehregeizigen und intrigierenden Herren leben müßte, denen daran liegt, den Weltfrieden zu stören, und unter Männern oder Rassen, denen die anderen Völker der Welt nicht vertrauen könnten, es unmöglich sein würde, das deutsche Volk zu einer Gemeinschaft von Regierungen zuzulassen. Vielleicht würde es unter dem unangenehmsten Umständen auch unmöglich sein, Deutschland an dem freien, wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen zu lassen. Aber das würde keine wirtschaftliche Offenheit sein, und eine derartige, infolge von Mißtrauen unvermeidliche Lage würde sich naturgemäß durch eine sicher einsetzende Entwicklung von selbst korrigieren.

Wilson fuhr fort: Die notwendigen finanziellen und militärischen Maßnahmen werden sich im Laufe des Krieges von selbst ergeben. Es ist schlag weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und eine strenge Beaufsichtigung aller in den Vereinigten Staaten Ankommenden und Abreisenden vor. Es kündigte eine Gesetzgebung an, durch die alle abstrakten Ansprüche gegen die Verordnungen des Präsidenten, betreffend feindliche Untertanen, strafbar gemacht, und auch die Frauen den für feindliche Untertanen geltenden Einschränkungen unterworfen werden. Man werde auch Konzentrationslager und Einschließung derjenigen feindlichen Untertanen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen vergräben, in Gefängnissen und ähnlichen Anstalten vorbereiten müssen, wo sie wie andere Verbrecher arbeiten sollten. Wilson verlangte ferner weitere Vollmachten für die Regierung zur Festlegung der Höchstpreise, Wiederannahme der Verhandlungen über die volle Ausnützung der Wasserkräfte und eine planmäßige Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes. Er betonte die Notwendigkeit anderer gesetzgeberischer Arbeiten zum Ausbau der Kriegsorganisation. Wenn ich irgend etwas übersehen habe, das notwendig ist für eine wirksamere Durchführung des Krieges, so werden Ihre eigenen Vorschläge die Lücke ausfüllen. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die

...wonne, schnelle und erfolgreiche Durchführung der großen Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, gerichtet sein sollte. Wir können das mit unermesslicher Eifer und Begeisterung tun, als wir wissen, daß dieser Krieg für uns ein Krieg um hohe Grundzüge ist, die nicht durch eine Sucht nach Eroberung erniedrigt sind, weil wir und alle Welt wissen, daß uns dieser Krieg aufgewungen wurde, um die Einrückungen, unter denen wir leben, vor Korruption und Vernichtung zu retten.

Die Mittelkräfte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Methode der Kriegführung ist eine Beschimpfung aller Grundzüge der Menschlichkeit und ritterlicher Ehre. Ihre Intrigen korumpierten die Denkmäler und die Gesinnung vieler unter uns. Ihre unfehlige Geheimdiplomatie verurteilte sogar unser Gebiet wegzunehmen und die Einheit des Staates zu zerstören. Unsere Sicherheit würde aufhören und unsere Ehre wäre für immer beschmutzt und der Verachtung preisgegeben, wenn wir ihren Triumph zuließen. Sie versuchen selbst die Grundsätze der Demokratie und die Freiheit zu treffen.

Wilson schloß mit der Versicherung, er habe offen gesprochen, wie die Zeit es erfordere, damit alle Welt wisse, daß die Vereinigten Staaten selbst in dieser schicksalhaften Zeit ihre Ideale und Grundzüge, um deretwillen ihr Name unter den Völkern in Ehren steht, nicht vergessen.

Die Rede Wilsons enthält im wesentlichen nichts Neues. Was Wilson verkündet, war seit Jahr und Tag in der kriegsfreundlichen Presse Englands und Amerikas zu lesen. Der Krieg um wirtschaftliche und maritime Macht wird in einen Kampf für Recht und Gerechtigkeit umgedeutet, um in demagogischer Weise die bearbeitenden Massen Großbritanniens und Nordamerikas zu willigen und fügsamen Werkzeu der Fortsetzung des Völkermordens zu machen. Die Anschuldigung, die wir gegen Wilson erheben, bedarf kaum der Rechtfertigung. Denn derselbe Mann, der im November 1916 auf Grund seiner anerkennlichen Friedfertigkeit vom Volk gewählt worden war, derselbe Mann, der noch im Dezember 1916 einen Frieden ohne Sieger und Besiegte auf Grundlage des Status quo ante Bellum (vor dem Kriege) verteidigt hatte, führte schon Anfang Februar 1917 die Sprache der „Times“, der „Daily Mail“, des „New York Herald“ und der „Chicago Tribune“ und wandte sich dann an die russische Revolution mit einer Botschaft, daß ein Status quo ante unmöglich sei. Es ist in der Tat nichts anderes, als eine ganz gemeine Demagogie, die aus den Worten Wilsons hervorklingt. Der angebliche Friedensfreund hat sich zu einem der ärgsten Kriegsheker entwickelt.

Am übrigen ist die Polemik Wilsons gegen die amerikanische Friedensbewegung beziehend. Sie muß also schon einen erheblichen Umfang angenommen haben, denn sonst hätte Wilson ihrer kaum Erwähnung getan. Und das ist das Entsetzliche an der Rede Wilsons.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 7. Dezember.

Die Anmeldung der Hilfsdienstpflichtigen zum vaterländischen Hilfsdienst wird, wie bereits aus den amtlichen Bekanntmachungen in den Lübecker Blättern am Sonntag, dem 2. Dezember 1917, hervorgeht, in weitem Umfang durchgeführt. Jetzt sind meldepflichtig: 1. alle männlichen Deutschen, die nach dem 1. Januar 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, 2. alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. Januar 1888 geboren und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie sich im Gebiet des Deutschen Reiches aufhalten oder dort ihren Wohnsitz haben. Befreit von der Meldung sind lediglich Personen, die in öffentlichen oder privaten Heilanstalten usw. zur Zeit der Meldefrist sich befinden, die Deutschen, welche zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören oder auf Grund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind und schließlich die Deutschen, die sich auf Grund der Verordnung vom 1. März 1917 persönlich oder schriftlich gemeldet haben und dies durch Vorlegung des gestempelten Abreißstreifens der Meldekarte nachweisen können. Hiernach ist also insbesondere meldepflichtig, wer infolge Entlassung aus dem Heeresverband wegen Unbrauchbarkeit nicht zum Militärdienst herangezogen ist, wer infolge körperlicher Fehler zum Militärdienst für unbrauchbar erklärt ist und wer bisher von der Meldepflicht befreit war, da er im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Rindendienst, in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung als Arzt, Zahnarzt, Tierarzt oder Apotheker, in der Land- oder Forstwirtschaft, in der See- oder Binnenschifffahrt, in der See- oder Binnenschifffahrt, im Eisenbahnbetriebe einschließl. des Betriebes der Klein- u. Straßenbahnen, auf Werften, in Berg- und Hüttenbetrieben oder in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation am 1. März 1917 tätig war. Die einzelnen Tage und Zeiten, an denen die Meldung zu erfolgen hat, sind aus den amtlichen Bekanntmachungen zu ersehen. Sie geben auch Aufschluß darüber, wo Meldekarten für die schriftliche Anmeldung zum vaterländischen Hilfsdienst ausliegen. Hierbei sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es im Interesse einer ordnungsgemäßen und raschen Abfertigung der sich meldenden Hilfsdienstpflichtigen von Wert ist, daß recht zahlreich von der Meldepflichtigen der schriftlichen Anmeldung Gebrauch gemacht wird. Wer sich mündlich meldet, erhält die Bestätigung seiner Meldung durch Ausdrückung des gestempelten Abreißstreifens der Meldekarte. Bei schriftlicher Meldung kann der gestempelte Abreißstreifen als Bestätigung der Meldung täglich zwischen 10 und 12 Uhr in der Hilfsdienstmeldestelle, Parade 1, Zimmer 1 abgeholt werden. Von der persönlichen Meldefrist befreit sind die Inhaber der öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.). Für sie müssen die Instanzleiter oder die von ihnen dazu bestellten Vertreter schriftlich die vorchriftsmäßige Meldung zu den bestimmten Terminen unter ordnungsmäßiger Ausfertigung der vorgeschriebenen Meldekarten erfassen. Alles nähere, insbesondere auch die Strafbestimmungen für schuldhaftes Verlegen der Meldevorschriften, sind aus den Bekanntmachungen ersichtlich.

Ortsgebrauch betreffend Umschlag von Massengütern zwischen See- und Binnenschiff. Bezüglich der wichtigen Frage, ob beim Umschlag von Massengütern zwischen Seeschiff und Binnenschiff das Seeschiff dem Binnenschiff oder das Binnenschiff dem Seeschiff zu folgen hat, ist von der Handelskammer auf Grund eingehender Erhebungen in den beteiligten hiesigen Schiffsfahrts- und Handelskreisen folgender Ortsgebrauch festgestellt worden: 1. Beim Umschlag von Massengütern zwischen Seedarsteller und Binnenschiff hat das Binnenschiff stets längs des Seeschiffes zu legen. 2. Beim Umschlag von Massengütern zwischen Segelschiff und Binnenschiff folgt dagegen das Seeschiff dem Binnenschiff 1. wenn der Kahn bereits vorher festlegt oder doch zum mindesten so rechtzeitig festgelegt wird, daß dem Segler aus dem Anlegen an dem Kahn statt an einen festen Platz kein Aufenthalt erwächst. 2. in jedem Falle, wenn die Größenverhältnisse der beiden Schiffe verhältnis sind, daß der kleinere Segler an größeren Binnenschiff verladen muß. Hat der Segler jedoch bereits anweisungsgemäß an einen bestimmten Liegeplatz (nicht Veeplatz) oder in den Umschlagshafen verhoft, so hat der Segler nachträglich nicht die Verpflichtung, auf eigene Kosten nochmals diesen Liegeplatz zu verlassen und einen anderweitigen Liegeplatz aufzusuchen.

Die Kriegsverletzte, die sich zu einem Bund mit dem St. in Berlin zusammengeschlossen haben, hielten in Berlin eine von Tausenden besuchte Versammlung ab, in welcher sie sich für einen baldigen Frieden der Verständigung aussprachen. Das paßt einer Kontingenzvereinigung garnicht; deshalb ... deren Vorstand einen Aufruf, der den Alldeutschen Freunde nach. Natürlich ... Lübecker Anzeigen ... ab und bemerken den

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Dezbr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsjahresbericht.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Das im Oprenbogen zeitweilig stärkere Feuer dehnte sich nach Süden bis zur Lys aus. Auf dem Südufer der Scarpe war der Artilleriekampf am Abend gesteigert. Zwischen Graincourt und Marcoing führten kleinere Unternehmungen zur Verbesserung unserer Lage. Das Geschütz La Justice wurde erlöhnt, Marcoing vom Feinde gesäubert.

Nördlich von La Bacquerie behaupteten wir unsere Stellung im erbitterten Kampfe gegen englische Handgranatengriffe. Vorübergehend eindringender Feind wurde im Gegenstoß zurückgeworfen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Auf beiden Maasufere war die Feuerstätigkeit am Nachmittage lebhaft.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Rheinische Landwehr brachte durch Kühnen Vorstoß in die französischen Gräben im Walde von Apremont 20 Gefangene ein.

Leutnant Müller errang seinen 36. Luflieg.
Deutscher Kriegsjahresbericht.
Nichts Besonderes.

Mazedonische Front.
Geringe Gefechtsstätigkeit.

Italienische Front.
In Ausnutzung ihrer Erfolge haben die Truppen des Feldmarshalls Conrad den Monte Sijmo erlöhnt. Die Zahl der in den Sieben Gemeinden gemachten Gefangenen hat sich auf 15 000 erhöht.

Der Seife Generalquartiermeister.
Lubendorf.

W.B. Berlin, 7. Dezember. (Amtlich.) Vertreter der vier verbündeten Mächte und die zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Delegation hielten gestern vormittag und nachmittag Kommissionsitzungen ab, in denen die Redaktionen der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollkungen abgeschlossen wurden.

mit der ihnen eigenen Dreifigkeit: „So und nicht anders sprechen diejenigen, die draußen mit Leib und Leben für Deutschland kämpfen.“ Die vielen Tausende, die aber dennoch anderer Meinung sind, zählen für die Alldeutschen einfach nicht mit. Aber für die Sicherung des Landes waren sie viel wichtiger, als jene Leute, die sich in gewissen Zeitungen aufblähen. Dann hat es dem Amtsblatt auch garnicht gefallen, daß die Kriegsverletzte zum Eintritt in die politischen Arbeiterorganisationen aufgefordert werden. So etwas sei geschmacklos, behauptet es. Natürlich wäre es viel geschmackvoller für die reaktionären Eroberungspolitiker, wenn die Kriegsverletzte so urteillos wären und sich ihnen in größerer Zahl anschließen. Das ist aber nicht der Fall und daher der begreifliche Schmerz.

Bekämpfung des Kartoffelkrebes.
Das Reich wird über das Auftreten des Kartoffelkrebes berichtet. Die von der Gesellschaft zur Förderung des Anbaues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln herausgegebene „Zeitschrift“ „Die wirtschaftlichen Kartoffelarbeiten und ihre Bekämpfung“ von Prof. Dr. Schander enthält eine eingehende Abhandlung über den Kartoffelkrebe. Nach den Erfahrungen von Prof. Schander ist eine wirksame Bekämpfung dieser sehr gefährlichen Krankheit nur möglich, wenn die Vermehrung ihres Erregers, eines Pilzes, verhütet wird. Jeder Transport von infizierten Kartoffeln muß nach Möglichkeit vermieden werden, da beim Vorhandensein des Kartoffelkrebes nicht nur die Kartoffeln selbst, sondern auch die Erde infiziert ist. Der Witz kann daher durch die an den Knollen haftende Erde, die beim Abladen, Verarbeiten usw. der franten Knollen abfällt, an dem Schuhwerk der hierbei beschäftigten Personen sich festsetzen und auf diese Weise auf gesunde Acker weiter übertragen werden.

Prägung von Zehnpennigstücken aus Zint. Nach einer vom Bundesrat beschlossenen Verordnung ist der Reichszentraler ermächtigt worden, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze zum Ertrag für einzuziehende Zehnpennigstücke aus Nickel weitere Zehnpennigstücke aus Zint bis zur Höhe von zehn Millionen Mark herstellen zu lassen.

Neues Kartoffel- und Gemüseland. Vielfachen Wünschen entsprechend wird die Finanzbehörde in dankenswerter Weise vor allen Toren der Stadt neues Land für Kartoffel- und Gemüsebau in Akeingärten auslegen. Keine Familie ohne Unterchied des Standes sollte, sofern sie nicht schon Land besitzt oder gepachtet hat, veräumen, von dieser Möglichkeit, selbst Nahrungsmittel zu erzeugen, Gebrauch zu machen. Was im eigenen Gartenbau an Kartoffeln und Gemüse gewonnen wird, steht am sichersten und auch am billigsten für die Ernährung zur Verfügung, während es bekanntlich bei den Lebensmitteln, die von auswärts bezogen werden sollen, häufig fraglich ist, ob, wann und wie sie zu haben sind.

Im Prozeß gegen Frau Biber, die sich in der vorigen Woche wegen Preiswunders und Uebertretung einer ganzen Reihe von Kriegsverordnungen zu verantworten hatte, wurde gestern das Urteil verkündet. Es lautete auf insgesamt 3000 Mark Geldstrafe. Wie wir Sonnabend berichteten, hatte der Strafbefehl, gegen den richterliche Entscheidung beantragt war, auf 2800 Mark Geldstrafe und 10 Tage Gefängnis gelaute.

Die Handfertigkeitsausstellung Lübecker Schulen zum Besten des Jugendamts in der Oberrealschule zum Dom an der Mühlenbahn wurde am Freitag 10 Uhr in Gegenwart von Vertretern der Oberaufsichtsbehörde, der Leiter der hiesigen Schulen, der Presse und des Ortsausschusses des Jugendamts eröffnet. Nach einem Chorgesang von Schülerinnen der Erweiterschule begrüßte Direktor Dr. Schwarz die Gäste, indem er auf den zweifachen Zweck der Ausstellung hinwies. Zunächst soll sie ein Bild von dem Zustand des Unterrichts in der Handfertigkeits- und Handarbeit in den Lübecker Schulen geben. Sie sind alle darin verterret, die hiesigen Schulen und die Bezirksschulen, die höheren, mittleren und Volksschulen, Knaben und Mädchen, ältere und jüngere Schüler, selbst die Schwachbegabten fehlen nicht und zeigen, was sie unter planmäßiger Ausbildung ihrer geringen Anlagen erreichen können. Eine Sonderausstellung der Frauen-Gewerbeschule endlich vertritt die Lehrkräfte, welche unsere Jugend auf diesem Gebiete erziehen sollen, durch eine Auswahl feiner und geschmackvoller Arbeiten. Die ganze Ausstellung beweist, wie auf diesen Gebieten und in mancherlei Arbeitsart das Auge und die Hand des Kindes erzogen werden kann; sie beweist ferner, wie stark und wie erfolgreich die künstlerische Seite der Handfertigkeits- und Handarbeit in den im engeren Sinne bebaut wird. Siebet das, was wir hier zu sehen bekommen, eine Ueberflut über das, was unsere Schulen leisten und eine Anregung für ihre weitere Arbeit, in voll darüber der große Zweck, den sie verfolgt, nicht vergessen werden; erhaben

ist sie aus dem herzlichen Wunsch, daß auch unsere Jugend an ihrem Teil denen danken will, die draußen für uns gestritten und gekämpft haben. Der Ertrag der verkauften Sachen, der Eintrittsgelder und der Verlosung, die den Besuchern zugleich geboten wird, ist für den Jugendamt bestimmt; die Einnahmen kommen den Lübecker Kriegsbeschädigten zugute, für die sie dem Landesauschuss zur Verfügung gestellt werden. Möge reichlicher Besuch der Ausstellung und reichlicher Verkauf der mehr als 5000 Dinge, die fleißige Kinderhand geliefert hat, die Liebe und die Mühe lohnen, die seit Monaten dafür in Stadt- und Landtschulen gearbeitet hat! Ein Chorgefang schloß die Eröffnungsfest, der dann die Beistimmung durch die geladenen Gäste folgte.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 11. bis zum 17. November in den einzelnen deutschen Städten verschieden entwickelt. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben von den Städten mit mindestens 75 000 Einwohnern ohne Ortszensus in Aachen 18,3, Altona 14,4, Augsburg 19,9, Berlin 9,8, Berlin-Lichtenberg 12,2, Berlin-Schöneberg 13,3, Berlin-Steglitz 3,2, Berlin-Wilmersdorf 6,1, Bielefeld 18,1, Bochum 10,9, Bremen 11,1, Breslau 18,0, Buer 14,6, Kassel 12,3, Charlottenburg 11,1, Chemnitz 17,0, Köln 11,1, Krefeld 16,1, Danzig 15,5, Dortmund 8,9, Dresden 12,6, Elberfeld 8,7, Erfurt 10,4, Essen 9,9, Gelsenkirchen 9,6, Hagen 8,2, Halle 11,9, Hamburg 9,3, Hamburg 12,2, Hannover 15,2, Kiel 6,8, Königsberg 14,0, Königsbrunn 13,6, Leipzig 14,2, Lübeck 14,2, Ludwigshafen 8,7, Mainz 16,0, Meß 10,6, Mülhausen 12,0, Mülheim 12,8, München 14,6, Münster 16,6, Neufahr 9,1, Nürnberg 9,0, Oberhausen 17,0, Osnabrück 16,1, Pflauen 7,9, Posen 15,0, Saarbrücken 11,9, Spandau 13,1, Stettin 14,1, Straßburg 12,1, Stuttgart 11,7, Wiesbaden 15,9, Witt den Fremden bezug ferner in Barmen 10,3, Bielefeld 19,4, Braunschweig 13,7, Düsseldorf 9,1, Würzburg 19,2.

Liebesgabenabteilung. Die Weihnachtsfeier für das Heer und die Liebesgaben, die von der Abteilung für Liebesgaben fertig gestellt wurde, befreit sich auf 14 225 Pakete, von denen 11 225 an die Truppen im Felde und 3000 an Lazarette zur Verladung gelangten. Die 114 Kisten umfassenden Zusendungen enthielten u. a. 9 000 Raar Holentwürfer, 3000 Pfeifen, 600 Gebetshefte, 4000 Briefkästen, 14 225 Briefmappen, 9700 Notizbücher, 14 225 Postkarten, 2000 Taschenmesser, 1500 Taschenpiegel, 500 Fingerringe, 1000 Zahnbürsten, 1200 Mundharmonikas, 400 Spiele, 400 Spielkarten, 2225 Fände und 5100 Heftel Zeitschrift (nur neuer), 8000 Pakete Rauchkräuter, 15 500 Zigaretten, 21 000 Zigaretten 125 Pfund Bonbons, 600 Weihnachtskerzen, 60 ganze Flaschen Korkwein, 12 ganze Flaschen Wein, 24 ganze Flaschen Portwein und zahlreiche kleine Sachen. Mögen die Gaben aus Liebe dazu beitragen, unseren braven Soldaten im Felde und in den Lazaretten, die zum Teil schon zum vierten Male das Fest feiern von ihren Angehörigen verleben müssen, einige frohe Stunden zu bereiten und ihnen zeigen, daß in der Heimat ihrer mit Liebe und Dankbarkeit gedacht wird.

Gen. Paul vull Ernst und Gen. Schmitz vull Spahn, so beitet der bekannte plattdeutsche Komiker August Wok aus Hamburg seine Darbietungen, die er am Sonntag, dem 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr im Marimordial des Stadttheaters zum besten geben wird. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch diese zweite Veranstaltung des von der Kreisbehörde eingesetzten Unterausschusses den lebhaftesten Beifall aller Teilnehmer finden wird. Der Preis der Karte beträgt einschließlich Garderobe und Programm 30 Pf. Es sind noch einige Karten im „Volksboten“ zu haben.

Bunier Kunstabend zugunsten der Weihnachtsbescherung Verwundeter und Gefranter der 2. St. Pflanzschule im Allgem. Krankenhaus. Hierzu wird uns acidieren: Die Veranstaltung scheint einen äußerst glänzenden Verlauf zu nehmen, da bereits am Dienstag alle Plätze ausverkauft waren. Man trägt sich mit dem Gedanken, da die Weihnachtsfeier immer noch eine über alles Erwartete große ist und der große Teil der hiesigen Bevölkerung der Veranstaltung nicht bewohnen kann, eine Wiederholung stattfinden zu lassen. Bestimmte Beschlüsse sollen erst am Montag gefaßt werden. Mit Interesse sieht man der ersten Veranstaltung in allen Kreisen entgegen.

pb. Wieder verhaftet. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Woen, der aus der Strafanstalt in Neumünster entlassen war und sich schon seit einiger Zeit in einem Hause der Mühlenstraße verborgen hielt.

pb. Vermitt. Seit dem 5. d. Mtz. wird der in der Weidhoftstraße Nr. 50 wohnhafte Rentner Heinrich Blädel, 76 Jahre alt, oermitt. Anzunehmen ist, daß der sehr schwachmännige Mann hier ober in der Umgebung Lübeck plantos umherirrt. Der Vermittete ist von kleiner Statur, hat bartloses Gesicht, weißes Haar und ist mit schwarzem Ueberzieher mit Sammetragen, schwarzem fleisem Hut, brauner gewreiter Weste, blauer Hose mit schwarzen Streifen und Qualifizieren bekleidet. Personen, die Auskunft über den jetzigen Aufenthalt des Vermitteten geben können, werden ersucht, sich an obige Adresse oder an das Bureau der Kriminalpolizei zu wenden.

pb. Brotdiebstahl. In der Nacht zum 6. d. Mtz. sind aus einer Brotmehlbake in der Kronsforder Allee 60 Schwarzbrote und 15 Weizenbrote gestohlen worden.

Hamburg. Ein Opfer des Sturmes ist, wie jetzt bekannt wird, der Finkenwälder Krabbenfischhändler „H. C. 35“ mit Befahrung geworden. Das Fahrzeug ist in der Nacht zum 25. November auf der Fahrt Monaco Fischmarkt-Finkenwälder untergegangen. Vermitt werden die Fischer Lauffer und Kallhorn.

Hamburg. Bürgermeisterrwahl. Der Senat hat den Bürgermeister Dr. Meile zum Ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Schröder zum Zweiten Bürgermeister für 1918 erwählt.

Vorbestholm. Beim Rangieren tödlich verunglückt. Der Hilfskammer Wilms aus Neumünster war beim Rangieren beschäftigt und sprang auf ein Nebengleise, wo er von dem herankommenden Güterzug erfaßt und sofort getötet wurde. Der Verunfallte hinterließ Frau und 6 Kinder.

Kiel. Die Stadt als Käufer einer Meierei. Die Not der Kriegszeit hat schon viele Städte dazu gezwungen, die Errichtung von jüdischen Regiebetrieben bezu Inanspruchnahme als früher zuzuwenden. Die Stadt Kiel, die schon die Wurstfabrikation und den Obst- und Gemüsehandel in eigener Regie betreibt, wird nunmehr auch auf dem Gebiete der Milchverarbeitung selbständig eingreifen durch den Ankauf einer Meierei. Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die Vorbedachte Meierei in der Leichenstraße anzukaufen. Der Kaufpreis beträgt 255 000 Mark, der reine Geschäftswert etwa 27 000 Mark. Die Meierei soll dazu dienen, in erster Linie eine Milchreserve zu schaffen, um bei Ausfällen in der Milchlieferung von auswärts helfend einzugreifen und widerpenfliche Milchhändler strafen zu können durch Entziehung des Handels usw. Ferner wird sie zur Verbesserung der städtischen Krankenanstalten, der Säuglinge usw. dienen. In dieser Richtung wird sie auch in Friedenszeiten gute Dienste leisten können. Wie notwendig gerade auf diesem Gebiete ein selbständiges Eingreifen der Stadt ist, beweist eine Mitteilung des Genossen Adler in der Kollegienitzung, wonach ein Kinderarzt bei der Reinigung der von privaten Händlern gelieferten Kindermilch zwischen 50 Liter Milch nicht weniger als fünf Pfund Schmutz gefunden hat. — Zu der Neuregelung der hiesigen Theaterverhältnisse hat die Stadtverwaltung beauftragte Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen und ihre Vorschläge dem Magistrat unterbreitet, der sich ihnen angeschlossen, ebenso die Stadtkollegien. Darnach ist von einer erneuten Verhandlung mit dem jetzigen Direktor Alping, dessen Pachtverhältnis sowohl für das Stadttheater wie für das Kleine Theater mit der Spielzeit 1918/19 vorläufig noch am System der Pacht festzuhalten, die Ueberlassung der beiden städtischen Theater an den bisherigen Direktor des Albert-Theaters in Dresden, Dr. Max Pönsgen-Albert, in Aussicht zu nehmen. Nach dem mit diesem vereinbarten Vertragsentwurf wird dem neuen

Wahlreform — Frauenwahlrecht.

Von Marie Zuchacz.

Die Frauen sollen wieder einmal leer ausgehen. Der Gedanke, daß auch die preussische Staatsbürger und dieser Staats zu höheren Leistungen verpflichtet sind, daß sie an dieser Pflichten willen nicht von dem selbstverständlichen Recht der Mitbestimmung ausgeschlossen werden dürften, ist der preussischen Regierung anscheinend nicht gekommen oder sie glaubte, von den Parteien im Abgeordnetenhaus eine Entscheidung zugunsten der Frauen doch nicht erwirken zu dürfen. Dabei ist das Frauenwahlrecht heute eine so selbstverständliche Forderung, daß man sich fast schämt, sie immer wieder neu zu begründen, weil die ganze Welt, mindestens alle denkenden Menschen, von dem Bewußtsein dieser Selbstverständlichkeit durchdrungen sein müßten. Den Grundgedanken der Allgemeinheit des Wahlrechts erkennt die Regierungsvorlage bekanntlich nicht an. Er ist auch tatsächlich kräftig bekämpft durch die Heraushebung des Wahlalters und die Festsetzung einer langen Zeit im Staat und Gemeinde. Die Frauen aber gehören anscheinend überhaupt nicht der großen Allgemeinheit des Volkes an. Sollen sie in das neue Gesetz mit einbezogen werden, dann bedarf es noch des Zusages „ohne Unterscheid des Geschlechtes“.

In der Regierungsvorlage ist klar betont, daß heute „unter dem guten preussischen Grundgesetz“, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, nicht die Geldleistungen des einzelnen gemeint sein dürfen. Tatsächlich ist die Begründung der Regierungsvorlage so trefflich, daß ein wirkliches allgemeines Wahlrecht, d. h. ein Wahlrecht für Männer und Frauen, nur wie eine ganz selbstverständliche Schlussfolgerung erscheinen würde.

Was verstehen wir unter den Leistungen für den Staat? Zugegeben soll werden: Die Frauen nehmen im Krieg nur indirekt teil an der letzten und höchsten Leistung, der Preisgabe des Lebens für den Staat. Aber diese indirekte Teilnahme berührt sie tief und schmerzlich, an den Todesopfern dieses Krieges haben sie mindestens ebensoviel Anteil, wie bei der Verteidigung des Staates und bei der Erhaltung seiner nationalen Güter. Die produktiven Kräfte unseres Landes würden nicht ausreichen — ohne Einwirkung der weiblichen Arbeitskraft — um die Landesgrenzen zu schützen. Darüber hinaus schaffen die Frauen Zukunftswerte, indem sie durch ihre Mitarbeit Handel, Verkehr, Gewerbe und Industrie lebens- und leistungsfähig erhalten. Wo die produktive Arbeit der Frauen ihre Grenze findet in ihrer Mütterlichkeit, da geben sie dem Staat und der Zukunft, ist sozusagen unter Preisgabe von Leben oder Gesundheit, lebende Werte. Eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Leistung vollbringen heute die Hausfrauen, die mit knappen Lebensmitteln haushalten, die dabei mit der moralischen Verantwortung für die Gesundheit ihrer Kinder befaßt sind. Immer sollte man daran denken, daß die Frauen einen nennenswerten Teil des Nationalvermögens verwalten und daß unter den Händen der Mütter die Zukunft heranwächst.

Dort, wo es gilt, die Wunden des Krieges zu heilen, in der Verwundeten- und Krankenpflege, im Dienste der Kriegswohlfahrt, stehen die Frauen voran. Freiwillig haben sie ihre Dienste dargebracht auf dem großen weitverbreiteten Gebiete der Kriegsfürsorge, gern wollten sie weiterarbeiten in allen Zweigen des sozialen Lebens. Sie haben längst vor dem Kriege ihr Interesse und ihre Fähigkeit zur Mitarbeit im öffentlichen Leben gezeigt, während des Krieges ist ihre tätige Anteilnahme enorm gewachsen. Dafür bieten den Beweis die vielen Frauen, die im Ernährungswesen, in der Kriegsunterstützung, in der Säuglings- und Kinderfürsorge, in der Armen-, Waisen- und Wohnungspflege arbeiten. Was die Frauen heute alles tun, welche Leistung sie für den Staat vollbringen, kann ersichtlich nicht aufgezählt werden. Die Mitarbeit aber schärft den Frauen den Blick für die notwendigen Arbeiten der Gesetzgebung, macht sie politisch urteilsfähig. Der Krieg hat eine große Menge sozialpolitischer Probleme neu aufgerollt und verschärft, die nur unter freudiger Mitarbeit der Frauen

gelöst werden können. Will sich der preussische Staat diese notwendige Mitarbeit sichern, will er die Fähigkeiten der Frauen zum Wohle des Ganzen voll zur Entfaltung bringen, dann soll er den Frauen volles Mitbestimmungsrecht geben.

Die Frauen aber sollen das Wahlrecht immer wieder fordern, wir immer sich die Gelegenheit dazu findet. So mancher Weg ist im Laufe der Zeit gegangen worden. In Versammlungen haben sie zu der Frage Stellung genommen, in Aufrufen sich ebenfalls an die Öffentlichkeit gewandt. Durch Deputationen und in Eingaben haben sie an zuständigen Stellen ihre Forderungen vertreten, in Zeitungsartikeln, Broschüren und diesen Büchern sind diese Forderungen begründet und ergründet worden. Noch ist es nicht gelungen, dort mit der Idee des Frauenwahlrechts Eingang zu finden, wo das am ersten notwendig ist, bei den politischen Parteien. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei, die mit der Forderung des Frauenwahlrechts einen Programmpunkt vertritt, stehen alle politischen Parteien dem Frauenwahlrecht recht feindlich oder gleichgültig gegenüber. Sollte das den Frauen nicht den Weg weisen? Die Abneigung der Parteien und ihrer Führer muß bezwungen werden, wenn wir vorwärts kommen wollen. Wollen wir Frauen verjagen, wenn es zu handeln gilt?

Wir sozialdemokratischen Frauen haben hinter uns die Partei, also das ganze moralische Gewicht unserer Organisation, die durch ihre Vertreter in der Gesetzgebung selbst für die Erfüllung unserer Programmforderung wirkt. Im preussischen Landtag ist das nur ein verschwindend kleines Häuflein, das auch diesmal die Forderung der Partei und damit zugleich die eines großen Teiles der bürgerlichen Frauenwelt vertreten wird. Für uns ist die Schlussfolgerung gegeben. Eine starke sozialdemokratische Partei ist die Gewähr für das Erreichen unseres Zieles. Ueber diese Parteiarbeit hinaus müssen wir die öffentliche Meinung für die Idee des Frauenwahlrechts zu gewinnen suchen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Veredelte“ Reorientierung in Sachsen-Altenburg.

Bei der Eröffnung des jetzt tätigen Landtages ließ die Regierung erklären, sie beabsichtige nicht einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlrechts einzubringen. Diese Erklärung gab sie auch auf eine Eingabe, die von sozialdemokratischer Seite kam. Nun wurde aber ein Antrag auf Wahlrechtsänderung von den Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Fortschrittlichen im Landtag eingebracht und dieser Antrag ist im Verfassungsausschuß zur Beratung genommen. Die Folge war, daß der Minister seine ablehnende Haltung wesentlich änderte. Er sagte zwar noch immer, daß an das gleiche Wahlrecht nicht zu denken sei, aber es müsse angegeben werden, daß sich die Verhältnisse geändert hätten. Es sei zu prüfen, ob sich auch gegen die Einführung des Mehrstimmensrechtes wesentliche Einwendungen erheben ließen. Das Wahlwählsystem stelle sich als eine Verbesserung dar!

Nach diesen Auslassungen ist also damit zu rechnen, daß die Regierung von Sachsen-Altenburg ein Mehrstimmensgesetz einbringen wird. Es fragt sich nur, ob ein solcher Entwurf der Kritik unserer Genossen standhalten wird. Für die Beratung dieses Gesetzes ist ein siebenköpfiger Ausschuß eingesetzt, der von der Regierung nach Bedarf berufen und mit Tagelohnern und Reisekosten entschädigt werden soll.

Zur litauischen Frage.

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift, die ihr von parlamentarischer Seite zugeht und in der nach einiges aus der letzten Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages mitgeteilt wird. Diese Ausschusssitzungen sind bekanntlich nur zum Teil öffentlich. In der letzten Sitzung handelte es sich auch um Litauen und darum, ob bei Lösung dieser Frage

die Zivilverwaltung nicht durch die Militärmacht beiseite gedrängt wird. Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß nach Ansicht der beteiligten Kreise in dieser Hinsicht keine Beschränkungen am Platz sind.

Zum bessern Verständnis des neuen politischen Streitjalles teilen wir nachstehend das Schreiben mit, das die „Köln. Ztg.“ veröffentlichte.

„Die Unabhängige Sozialdemokratie, die alle die schönen Gelegenheiten zu Hekreden dahinschwanden sah, hat zuletzt versucht, durch die Geschichtsträger eines Gezeitsjah zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Leitung zu schaffen. Herr Dr. Cohn-Nordhausen, der schon einmal den Hauptauschuß zu einer Ueberwachungsstelle für die Heeresleitung machen wollte, hat von dritter Seite vierter Seite irgendwas über Gespräche gehört, die von Beauftragten der Obersten Heeresleitung in bezug auf die Lösung der litauischen Frage geführt sein sollten, und die angeblich dem Programm des Reichstanzlers widerstreben. Der Herr, wie oft bei diesen Sachen, Herr Erzberger auf diese politische Sensation hinein und glaubte, sie seinerseits überführen zu müssen. Einige Stunden lang schrie er, als ob diese Frage den Burgfrieden erschüttern könnte, aber auch nur einige Stunden lang. Das Zentrum verweigerte diesmal seinem Herrn Erzberger geschlossen die Gesellschafft auf dem Wege der Erregung irgendwelcher Konstellation. Herr v. Kühlmann wußte, wie stets, in sehr geschickter Weise den Standpunkt der Leitung der auswärtigen Politik zu vertreten, und als Erkundigungen eingezogen waren, da zerplatzte die Seifenblase dieser neuesten Sensation so jämmerlich an dem Sonnenlicht der Tatsachen, daß außer Herrn Cohn-Nordhausen in der Sitzung des Hauptauschusses sich auch nicht ein einziger Abgeordneter erhob, um auch nur mit einem einzigen Wort auf diesen Klatsch zurückzukommen.“

Die „Germania“ antwortet hierauf: „Wir können hierzu auf Grund von Erkundigungen feststellen, daß die Behauptung, der Abg. Erzberger sei auf die vom Abg. Cohn aufgetragene politische Sensation hereingefallen und daß das Zentrum ihm die Gesellschafft vorweigert, auf freier Erfindung beruht. Das ganze Vorkommnis ist vom Staatssekretär Kühlmann genau so dargestellt worden, wie es der Abg. Erzberger vorher geschildert hatte.“

Was ist denn nun eigentlich wahr?

Oesterreich-Ungarn.

Die Deutschnationalen gegen die Tschechen. Die Abgeordneten Schöff, Langert und Genossen brachten im Abgeordnetenhaus eine von 90 deutschnationalen Abgeordneten unterzeichnete Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Minister für die Landesverteidigung über das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Die Anfrage, welche 640 Seiten Maschinen-schrift stark ist, enthält das gesamte über die Tschechen gesammelte Material.

Dasynski über die Zukunft Polens. Der Präsident der polnischen Sozialdemokraten, der österreichische Abgeordnete Dasynski, erklärte über die Volksfrage dem Wiener Berichterstatter des „N. O.“: „Unser Programm ist die Wiedererrichtung Galiziens an Polen und die Befreiung dieser Länder zu einem selbständigen Staat, der mit Oesterreich-Ungarn eine Personalunion eingeht. Eine natürliche Folge der Personalunion ist eine selbständige polnische Armee. Mit dem Vertrag der Personalunion ist auch eine Zollgemeinschaft und ebenso eine Militärkonvention mit der Monarchie sehr gut vereinbar. Die Lösung der Volksfrage hat das Auswärtige Amt sich bereits zu eigen gemacht. Wir haben auf der Basis der dualistischen Staatsform der Monarchie und verurteilen alle tschechischen Forderungen auf gewisse Teile Ungarns.“

Die Rhelder Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

19. Fortsetzung.
Der Polizeibeamte warj abermals einen eigenhändig fortgeführten Seitenblick auf den Hammerbecker. Dann sagte er gehend: „Jetzt will ich Sie aber nicht länger belästigen.“ Da Sie so freundlich waren, mir ein kleines Zimmer einräumen zu lassen, erlauben Sie mir, daß ich mich vorhin zurückziehe. Ich weiß nicht, tut es die außergewöhnliche Anstrengung, die ich mir heute zumuten müssen oder ist es Ihr Wein — ich fühle das Bedürfnis, ein wenig zu ruhen.“
„Ganz wie es Ihnen beliebt“, versetzte Ritterhausen, indem er die Klingel rührte und der eintretenden Dienerta befahl, den Herrn auf sein Zimmer zu führen.
Als Sibylle nach einer Weile in die Wohnstube trat und den Vater nach dem neuen Gaste fragte, antwortete dieser: „Es ist ein Monsieur Ermans, Angestellter bei der Polizei, der sich hier einquartiert, um von hier aus Untersuchungen über die Mordtat vorzunehmen; aber was der uns Tageslicht bringt, wird wahrhaftig blutweise sein! Ein gemüthlicher Polizeimensch ist mit uns vorzunehmen. Trinken und Schwärzen scheinen ihm viel angenehmere Beschäftigungen, als sich mit Mordunterstützungen zu plagen. Er ist überzeugt, daß der Graf Spaville sich selbst uns Leben gebracht hat — die! Managme ist auch viel für ihn; aber es macht mir doch einen beinahe todsüßigen Eindruck, ihn seine Ansätze verteidigen zu hören. Denn er war sicherlich nur deshalb dafür, weil ihm die Sache auf diese Weise die wenigste Ehrezeit macht. Er ist nach oben gegangen und hat sich aus der Höhe gelacht, um zu schlafen. Da liebe Zeit! Welche Menschen drängen sich heutzutage in Stellen und Ämter, sehen vor sich einen lauer ausgedrängten Strauch und stellen dem lieben Herrgott den Tag ab!“
„Wird er den Abend mit uns speisen?“ fragte Sibylle.
„Ganz ohne Zweifel. Er wird sicher mit uns speisen und auch trinken! Du kannst dem Anstalten danach denken!“
Sibylle hatte von dem Hammerbecker nichts, denn sie auf die Burg gehend, noch immer keine Nachricht erhalten. Sie ging bald wieder hinaus und in den Garten, wohin ihr Sohle kommen wollte, um ihr Bericht abzufragen, sobald er von der Rhelder Burg zurück sei. Nachdem sie eine Weile im Garten auf und ab gegangen, sah sie den lehnlich Erwarteten denn auch auf dem Fußwege jenseits des Flußes endlich daherkommen und dann über den Steg schreiten, der über dem Gewässer lag. Unruhig bewegt eilte sie ihm durch das kleine Gartentor entgegen und begegnete ihm auf dem Grasrain, der zwischen dem Garten und dem Flußufer lag.

„Hast du Claus sprechen können?“ fragte sie in beinahe atemloser Hast.
„Ja, Manjell Ritterhausen.“
„Und was sagte er?“
„Er sah mich verärrt und ängstlich an, der ganze Mund ist verzerrt und sprich unwilliges Zeug durcheinander. Als ich von einem Deferieur anfragte, wie er es will, nichts von einem Deferieur, und ob ich ihn ruhig austreten und ins Verhör nehmen wollte, er sei heute schon genug kugeln; ich hatte Mühe, ihm verständlich zu machen, daß ich von Ihnen komme und nicht davon denke, ihn zu verraten. Da sagte er endlich, der Deferieur sei ein wunderlicher Gaste gewesen, bald sei er im Schlaf verstorben, bald fort, drängen im Wald oder der Himmel wisse wo gewesen und nicht zu Mittag noch zu Abend erschienen. Gestern und heute habe er nichts von ihm gesehen, aber am vorletzigen Tage habe er ihn gesehen und ihm Auerbeissen gegeben.“
„Also doch!“ sagte Sibylle schwer aufatmend, denn diese Mitteilung war nicht geeignet, die Hoff zu erleichtern, welche auf ihrem Herzen lag. „Ich danke dir, Heinrich, und hier hast du etwas zu einem frischen Trunk. Doch du schweigst, brauche ich dir nicht zu empfehlen!“
Damit wandte sie sich und schlüpfte wieder durch das Gartentörchen in den Garten zurück, wurde aber nicht wenig betroffen, als ihr hier, ganz nahe der Umfassungshöhe, der Polizeibeamte, Monsieur Ermans, begegnete. Er begrüßte sie äußerst höflich und sagte: „Mademoiselle Ritterhausen, wenn ich nicht irre —“
„Die bin ich,“ antwortete Sibylle mit einer kurzen Verbeugung.
„Ich nehme mit die Freiheit, Ihre reizende Besingung zu begehren,“ sagte der Emplage, „ich finde die Lage ganz ausgezeichnet. Wie schön ist dies kleine Küsttal! Wie malerisch! Und wie romantisch blüht das alte Kastell dort von seiner Höhe herab! Wirklich ein herzenswunderlicher Aufenthalt hier. Wer hier ruhig seine Tage verleben könnte, frei von all den vermaledeiten Amtspfläzchen und Dienstherren!“
„Sie würden es der Winter doch nicht aushalten in solcher Einsamkeit,“ versetzte Sibylle, um auf des höflichen Mannes Reden etwas zu antworten.
„Es käme dann freilich ein wenig auf die Gesellschaft an,“ erwiderte Monsieur Ermans lächelnd, „in so guter, wie ich sie hier finde, würde ich einen isländischen Winter hindurch vermagt sein. Ich liebe das Landleben über alles. Sie erlauben mir ja, daß ich mich ein wenig hier umsehe? Und das Hammerwerk darf ich ja auch wohl betreten? Sie können ganz sicher sein, daß ich keine indiscreten Blicke in Ihre Fabrikationsgeheimnisse werfen werde — ich verstehe nichts davon — aber es interessiert mich, ich habe niemals ein solches Eisenwerk gesehen — und dieser

Mann da,“ fuhr der Fremde auf den Arbeiter deutend fort, der noch immer im Hintergrund stand, weil er sich schonte, an den Tritten in den schmalen Gartenschritt zu trübsprechen. „Dieser Mann hat wohl die Gefälligkeit mich zu führen?“
„Geh mit dem Herrn, Heinrich,“ wandte sich Sibylle an diesen, „und sage ihm den Hammer!“ Und dann machte sie dem Emplage abermals eine Verbeugung und ging an ihm vorüber dem Hause zu.
„Liebe Leute — die Ritterhausen,“ wandte sich der Polizeibeamte nun an den Arbeiter mit einem äußerst freundlichen Gesicht, „man freut sich sehr, eine so biedere, solide, weichekerde Familie zu sehen. Es gibt ihrer wenig solche, mehr guter Freund, das kann ich Ihnen versichern; unerschrocken hat Gelteheit, das zu erfahren. Es ist gar viel Schwindel in der Welt, namentlich in Curer Hauptstadt Düsseldorf, das ist ein gewaltiges Schwindelwäldchen.“
„Ja,“ antwortete der große Hammerhieb gemüthlich lachend, indem er neben dem geschätzten Beamten weiter ging und an der Ecke des Gartens hin den Schmiedegebäude anwartete, „das führt noch aus der Wälder Zeit her — die Leute in der Pfalz sind ein tüchtig Volk und die haben's mit herübergebracht!“ Und nun die Franzosen drin sind.“
„Nicht es nicht besser werden, meint Er, ehrlicher Mann? —“
„Nun, Er kann wohl recht haben!“ versetzte Monsieur Ermans. — „Ah, da ist ja wohl der Hammer, lauter solche, tüchtig inhand gehaltene Gebäulichkeiten — das macht einen anderen Eindruck, alles was man hier sieht, als das verkommen alte Haus, die Burg wie man hier sagt, da drohen!“
„Ja, gottdank!“ erwiderte Heinrich.
„Ihr werdet wohl schon oben, auch im Innern des alten Kastells?“
„Schon manchmal!“
„Wenn ich recht ich, kamt Ihr eben von da herunter. Manjell Sibylle hatte Euch einen Auftrag gegeben?“
„O das gerade nicht,“ versetzte der Arbeiter nun ein wenig verlegen.
„So hatte sie Euch eine Postkarte aufgetragen,“ fuhr Ermans fort, „Ihr habt wohl einmal zuzuhören sollen, welche Wendung die Unternehmung nehme und was die Herren, die heute oben waren, zu dem Fall gesagt haben?“ Man weiß ja, die Damen sind ein wenig neugierig.“
„Es ist aber doch nicht ja,“ sagte der Arbeiter, „ich war bloß oben, um dem Hausmeister Claus etwas zu sagen.“
„So, dem Hausmeister Claus — von der Manjell Ritterhausen?“ Und was solltet Ihr ihm sagen?“ fragte Monsieur Ermans plötzlich mit einem außerordentlich scharfen Tone.
„Was Manjell Sibylle mir aufgetragen hat.“
(Fortsetzung folgt.)

Teuerungszulage und Tarifverlängerung im Baugewerbe.

Im Reichswirtschaftsamt in Berlin fanden vom 26. bis 29. November Verhandlungen statt zwischen dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und den Vertretern der am Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen, die zu folgender Vereinbarung führten:

§ 1. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe vom 27. Mai 1918 einschließlich der dazu gehörenden Vereinbarungen und Erklärungen (siehe Formular des Reichstarifvertrags für das Baugewerbe) sowie der Schiedsprüche, ferner alle genehmigten und bisher noch nicht genehmigten Bezirks- und Ortsverträge, letztere mit Ausnahme der noch erteilt gebliebenen Bestimmungen, sowie alle abgeschlossenen Akkordtarife werden ohne Veränderung bis 31. März 1919 verlängert. Das gleiche gilt für die Vereinbarungen vom 1. und 5. Mai 1916 und vom 26. und 27. April 1917.

§ 2. Alle sonst bestehenden tariflichen Vereinbarungen, Platzverträge usw., die von Unterorganisationen oder Mitgliedern des Arbeitgeberbundes mit Unterorganisationen der Zentralverbände der Arbeiter abgeschlossen worden sind, verlängern sich, soweit sie nicht gemäß Vereinbarung auf die Dauer der Bauausführung beschränkt sind, gleichfalls bis zum 31. März 1919.

§ 3. Auf allen Arbeitsstätten, die unter §§ 1 und 2 fallen, wird sämtlichen in den Tarifverträgen der einzelnen Tarifgebiete aufgeführten Arbeitergruppen bei Zeit- und Akkordarbeit eine neue Kriegsteuerungszulage gezahlt. Diese beträgt für die Arbeitsstunden:

Vom 10. Dezember 1917 (einschließlich) an 10 Pfg. vom 1. April 1918 an weitere 5 Pfg.

§ 4. Auf die vom 10. Dezember 1917 an zu zahlende Teuerungszulage von 10 Pfg. werden angerechnet:

1. örtliche Sonderzulagen, soweit bei deren Vereinbarung die Anrechnung ausdrücklich vorbehalten worden ist;
2. sämtliche erst vom 1. Oktober 1917 an vereinbarten örtlichen Sonderzulagen.

Nebenergütungen für Mittagessen, Jahrgelder und Auslösung bis zu 2 Mk. für den Tag (14 Mk. für die Woche) kommen auf die Teuerungszulage nicht in Anrechnung. Unter Auslösung sind Vergütungen für doppelte Hausaufsicht auswärtsiger Arbeiter zu verstehen.

§ 5. Diese Vereinbarung gilt nicht für das Wiederaufbaugeschäft und keine Grenzgebiete der Provinz Ostpreußen und nicht für die besetzten Gebiete. Die Vereinbarung gilt dagegen auch für die Verträge im Maschinenbau, soweit diese von Unterorganisationen der vertrittenden Parteien abgeschlossen sind.

§ 6. Die Vertragsparteien verpflichten sich, sämtliche Tarifinhalte während der Dauer dieser Vereinbarung perhandlungsfähig zu erhalten, an den Verhandlungen teilzunehmen und die Entscheidungen durchzuführen (vergleichliche Entscheidung des Haupttarifamts Nr. 188). Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung unterliegen ebenfalls der Entscheidung der Tarifinstanzen.

§ 7. Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Bezirke und Unterorganisationen, ihren ganzen Einfluss für die Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Vereinbarung einzusetzen. Sie erklären, daß sie Bänderungen, die auf Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Kriegsteuerungszulagen während der Dauer dieser Vereinbarung abzielen, nicht antragen oder unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzusetzen werden.

Diese Vereinbarung soll Geltung erlangen, wenn beide Parteien bis zum 10. Dezember ihr Einverständnis dazu erklärt haben. Die endgültige Entscheidung über die Verlängerung des Tarifvertrages liegt bei dem Deutschen Bauarbeiterverband und bei dem im März 1918 in Aussicht genommenen Verhandlungstag. Jedoch haben die Verhandlungsteilnehmer sich verpflichtet, und auch der Verbandsbeirat soll diese Verpflichtung übernehmen, wenn er dieser Vereinbarung zustimmt, bei dem Verhandlungstag für die Annahme einzutreten.

Das Ergebnis ist keineswegs dazu angetan, das berechtigste Verlangen der Bauarbeiter nach einer weiteren Teuerungszulage zu befriedigen, da durch sie wiederum nur ein geringer Teil der Teuerung von den Säkulern der Bauarbeiter abgewälzt wird. Immerhin wird es sich nicht ablehnen lassen, einmal in der Verhandlung aus noch protestatorisch festgelegt worden ist, daß für beide Parteien vom 1. Oktober 1918 an Verhandlungsabzug über eine weitere Zulage besteht, wenn von Juni bis Oktober eine wesentliche Steigerung der Teuerung eingetreten ist. Die Entscheidung darüber, ob dies der Fall ist, soll zu der Zeit das Reichswirtschaftsamt fällen. Der Arbeitgeberbund kann also in einem solchen Falle nicht aus einem rein formalen Grunde einer erneuten Verhandlung aus dem Wege gehen, wie er diesmal anfangs getan hat und damit veringert, sich an jede Teuerungszulage heranzudrücken.

Auch für das Wiederaufbaugeschäft in Ostpreußen, für das im Jahre 1915 ein besonderer Vertrag abgeschlossen worden ist, sind Verhandlungen für die nächsten Tage angesetzt. Es steht zu erwarten, daß auch hier eine Verhandlung erreicht wird, wodurch den Bauarbeitern die wirtschaftliche Lage wenigstens etwas erleichtert wird.

Aus der Partei.

742 neue weibliche Mitglieder im Agitationsbezirk Götting. Einen überaus guten Erfolg zeigte eine Agitationsstunde, die mit der Genossin Mirna Schilling (Döhren) als Rednerin in den letzten Tagen im Agitationsbezirk Götting veranstaltet wurde. In dem Ort des Bezirks fanden öffentliche Versammlungen statt mit der Tagesordnung: „Für bessere Unternehmungen und Rechte der Frauen.“ Die Versammlungen wiesen bis auf einen sehr kurzen Besuch aus. Besonders zahlreich waren die Kriegerfrauen vertreten. Die ausgezeichneten Ausführungen der Genossin Schilling fanden überall den lebhaftesten Beifall. Der Erfolg dieser Agitationsstunde unter den Frauen bestand darin, daß in den zehn Versammlungsorten Götting, Gröben, Saalfeld, Lützen, Langensalza, Leimberg, Wörsing, Kankow und Naumburg insgesamt 742 neue weibliche Mitglieder für die Partei gewonnen wurden, die zugleich auch als „Göttinger“ bezeichnet in Frage kommen, da die „Göttinger“ im Bezirk obligatorisch eingetragen ist. Für die Genossinnen wurden ebenfalls Mitglieder und für das Parteivorstand, die „Göttinger Volkszeitung“, eine Anzahl neuer Leser gewonnen. Besonders erwähnenswert ist der Erfolg in dem bisher schwer zu bearbeitenden Lützen, wo allein 125 Neuzugewinne zu verzeichnen sind.

Hüttmann bei den Unabhängigen! Unter Kaiserlicher Parteipost soll das Schreiben mit, das der Reichstagsabg. Hüttmann den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Kassel-Melsungen gelangt hat. Hüttmann spricht darin seinen Absicht aus, der Reichstagsfraktion und seinen Anhängern an die Spitze der Unabhängigen aus. Das Kaiserliche

„Volksblatt“ widmet diesem Herr Hüttmann einen längeren Artikel, dem wir folgendes entnehmen: „Die sozialdemokratische Partei im Wahlkreis Kassel-Melsungen“ hat verschiedene Male während des Krieges Stellung genommen zu der Haltung des Reichstagsabgeordneten unseres Kreises. Noch im Sommer 1915 hat eine Kasseler Versammlung nach einer Rede, in welcher Hüttmann die Reichstagsfraktion glänzend rechtfertigte, ihm einstimmig das Vertrauensvotum ausgestellt, in den Jahren 1916 und 1917 haben aber eine Kreisgeneralversammlung und eine allgemeine Kreisversammlung Hüttmanns Schwertung zur Opposition mit erdrückender Mehrheit genehmigt. Und auf Grund unserer genauen Kenntnis des Wahlkreises fühlen wir uns zu der Feststellung berechtigt, daß gerade so wie jene Parteiversammlungen die große Masse der Wähler Hüttmanns seine Wandlung zum „Unabhängigen“ mit lebhaftem Bedauern begleitet hat, es aber ablehnt, seinen Spuren zu folgen, sondern in unerschütterlicher Treue der alten sozialdemokratischen Partei folgen wird.“

Kommunales.

Einen glänzenden Kommunalwahlsieg errangen unsere Genossen in der Stadt Dinslaken am Niederrhein (Wahlkreis Duisburg-Mülheim) bei den in voriger Woche stattgefundenen Stadtkommunalwahlen gegenüber den vereinigten bürgerlichen Parteien. Unsere Partei, die sich dort einmalig an der Wahl beteiligte, hatte im Stadtbezirk in der 2. und 3. Abteilung und im Landbezirk in der 1., 2. und 3. Abteilung Kandidaten aufgestellt. Nach einem scheinbar durchgeführten Wahlkampf gelang es mit einer geringen Ausnahme, alle unsere Kandidaturen zum Siege zu bringen. Wir holten im Stadtbezirk alle zur Wahl stehenden Sitze der 2. und 3. Abteilung (4 Mandate) und im Landbezirk die ganze 2. Abteilung und in der 3. Abteilung ein Mandat. Mit einer Fraktion in der Stärke von 7 Mann zieht damit die sozialdemokratische Partei in das bisher sozialdemokratische Dinslaker Rathaus ein.

Ins Zuchthaus die Kriegsveteranen!

Die „Offiz.“ Mitteilungen des Bundes der Handwerker schreiben:

„Fünf Jahre Zuchthaus wurden einem Manne vom Kölner Gericht aufgebracht, der nachts in einer Fabrik betroffen wurde, als er einen Treibriemen heimlich fortzuschaffen wollte. Eine schwere Strafe, aber bei den in Köln sich geradezu unheimlich mehrenden Diebstählen von Treibriemen, die bei der jetzigen Lebertropfenheit den Spitzbuben viel Geld eintragen, eine in ihrer Härte gleichzeitig auch abfällige Strafe.“

Sehen wir vergleichsweise nun einmal auf die Strafen, die von den Gerichten für Kriegsveteranen und Hintertrieber von Lebensmitteln ausgesprochen werden. Gewiß, sie erreichen in einzelnen Fällen als Geldstrafen eine Höhe, die ein Vermögen darstellt, das dem Richter sicher zu gönnen ist. Was bedeutet aber hier die Geldstrafe einem Verbrecher gegenüber, das mindestens den Diebstahl oder nur verurteilten Diebstahl des Treibriemens gleichkommt? Das Motto ist in allen Fällen das gleiche: die Selbstversicherung. Der gewissenlose Egoismus in Kriegszeit, unter dem ganze Stadt- und Landkreise leiden, ausgeführt und systematisch betrieben von eigene Landsleuten ist nichts weniger als Vaterlandsverrat. Der Soldat erleidet dafür den Tod. Aber der in Schlaf- und Spielwaren hin- und herreitende Hochstapler, in Käse, Fleischwaren u. a. fressend, geht schamlos ins Gefängnis.

Da unsere Gerichte in ihren Urteilen noch immer harte Strafen wälzen lassen und zum Teil Geldstrafen verhängen, die in 99 Fällen noch nicht die Höhe des erworbenen Gewinns erreichen, ja zunächst die hohere Summe der Betrüger löse Strafen nicht. Man wird einwenden, daß die Gerichte nach Maßgabe der in der Kriegszeit und für die Dauer derselben erlassenen Gesetze andere Urteile nicht fällen können. Richtig, aber aus diesem Grunde müssen die Gesetze geändert und verschärft werden.

Eine Massenpetition sollte an den Reichstag gehen, die sich mit aller Bestimmtheit dahin ausspricht, daß die inneren Gesetze Deutschlands als Vaterlandsverrat mit Zuchthausstrafe belegt werden. Sie sind schlimmer als bloße Spitzbuben, denn sie treiben neben Betrug und Diebstahl Verbrechen, die an Mord grenzen.

Ernährungsfragen.

Der Milchkurier des Herrn Kommerzienrats. Ein Redakteur unseres Kölner Parteiblattes hat am Bahnhof Köln-Süd einen Boten abgeholt, der täglich in zwei Kannen 15 bis 20 Liter Milch von Remagen zu dem Kommerzienrat Arnold v. Guilleaume nach Köln brachte. Zwei Kühe waren für diesen speziellen Zweck auf einem Gute in Remagen untergestellt. Das Ungeheuerliche aber ist, daß der Landrat von Ahweiler sowie der Bürgermeister von Remagen trotz großer Willkür im Rheinland die Ausfuhrerlaubnis für die Milch zur Versorgung des Herrn Kommerzienrats erteilten. Unser Kölner Parteiblatt veröffentlicht die unglaubliche Urkunde und fragt den Herrn Regierungspräsidenten, was mit Beamten geschieht, die etwa 40 Kindern die Milch entziehen, um sie einem vielfachen Millionär zuzuführen. Wenn hungrige Großstadtkinder etwas Kartoffeln aus den Dörfern holen wollten, werde die Gebarmarie auf sie gehen.

Aus Nah und Fern.

Strafstat eines Vaters. Im Obergebäude des Hauses Hertrichs 159 in Berlin wurde gestern vormittag der 55jährige hiesige Casimir Lafogueski nebst seinen 18- und 13jährigen Kindern Sophie und Otto tot aufgefunden. Sie sind anscheinend von dem Vater mit Aether vergiftet worden, der dann Selbstmord verübte. Zufällig, der früher sich in guten Verhältnissen befand, lebte von Frau und Kindern getrennt und bewohnte zuletzt im Obergebäude des genannten Hauses ein kleines Zimmer. Er trug ein verfallenes Messer zur Seite, wird aber als sehr ordentlich und anständig gekleidet. Besonders freute sich er, wenn keine beiden Kinder, Sophie und Otto, die bei der Mutter wohnten, zu Besuch kamen. Das war auch am Sonntag der Fall. Man hörte nachts wohl Weinen und Stöhnen, legte jedoch aber keine Bedeutung bei. Die Mutter, die wegen des Ausbleibens ihrer Kinder lange wurde, bezog sich in der Wohnung, als man ihr dort nicht öffnete, benachrichtigte sie gestern vormittag die Polizei. Diese fand 2. und die beiden Kinder tot

im Zimmer liegen. Sie hatten sämtlich mit Aether getränkte Wattepfropfen in der Nase. Der Grund der Tat konnte nicht aufgeklärt werden.

Der Zusammenstoß zwischen dem D-Zug Berlin-Köln und einem Gefangenenzug. Die Straße des schweren Eisenbahnunfalls, den so viele Menschen zum Opfer fielen, liegt etwa 5 Kilometer von Hamm zwischen den Bäckfelden Ostrieg und Dörsen. Die Strecke hat dort hartes Gefälle, so daß die Züge ohne Maschinenkraft laufen. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache lösten sich hinter Bad Dörsch etwa 20 Waggons des von Münden kommenden Gefangenenzuges und blieben auf der Strecke zurück, ohne daß der Lokomotivführer die Zugsicherung bemerkte. Der D-Zug 29 Berlin-Köln fuhr vor Bahnhof Dörsen auf den abgerissenen Jagel zu. Durch den Anprall wurden mehrere Waggons des Gefangenenzuges zertrümmert und aus dem Gleise geworfen, so daß sie zum Teil auf dem Nebengleise standen. Die D-Zug-Lokomotive wurde ebenfalls aus dem Gleise gehoben, so daß sie mit einigen vor sich hergeschobenen Waggons des Gefangenenzuges auch das Nebengleise spernte. In diesem Augenblick fuhr auf demselben Gleise ein Güterzug von Hamm (also aus entgegengesetzter Richtung) heran und fuhr mit voller Gewalt in die Wagentrümmer hinein. Mehrere Waggons wurden wie Kartenhäuser zusammen gedrückt und die Güterzugmaschine fuhr über sie hinweg, bis sie auf die schwere D-Zug-Lokomotive aufbrach. Auch der Güterzug erlitt schwere Beschädigungen, der Packwagen stürzte sich auf einen anderen Waggon auf, ein Waggon wurde den hohen Damm hinuntergeschleudert. Von dem D-Zug wurde durch den Anprall nur die Maschine mit dem Packwagen beschädigt, sämtliche Passagiere konnten den Zug unverletzt verlassen. Kurze Zeit, nachdem der Zug geräumt war, fing aber der Packwagen Feuer. Der herrschende Wind trieb die Flammen in die übrigen Waggons, so daß der ganze D-Zug mit Ausnahme der letzten vier Waggons vollständig verbrannte. Nur die eisernen Gerippe blieben übrig.

Sturm, Hochwasser und Schneefall. Wie aus Stettin gemeldet wird, hat der starke Nordwind in den beiden letzten Tagen in den Küstengebieten Hochwasser verursacht. Auch die Oder zeigt an ihrem Unterlauf beträchtliche Neigung, über die Ufer zu gehen. Besonders stark leiden Sminimünde und Greifswald unter Hochwasser. Der scharfe Nordwestwind hat viel Wasser in den Greifswalder Bodden getrieben. In der Stadt selbst ist der Wasserpegel des Rind bis auf 1,40 Meter gestiegen, sodass die Vorhöfen bis zu 5 Meter auf dem Bordamm der Dakenstraße überschwemmt sind. In Wick steht die Bahn unter Wasser. Auch der Schiffsahrt hat der Sturm schweren Schaden zugefügt. Der aus Rendsburg stammende Schoner „August“ und sein Schlepper „Luise“, die im Greifswalder Hafen Kartoffeln geladen hatten, sind auf der Reile von Kiel nach hier im letzten Sturm verhaselt und wahrscheinlich untergegangen. In Völs sind die Straßen überschwemmt, das Wasser ist in die Keller der Häuser eingedrungen. Die Reichsbahnen zwischen Stettin und Greifenhagen stehen ebenfalls unter Wasser. — In Lübeck ist starker Schneefall eingetreten. Auf dem Inselberg sank die Temperatur in der Nacht zum Mittwoch auf minus 12 Grad Celsius. Die Schneehöhe beträgt 12 bis 15 Zentimeter. — In Kassel berichtete Mittwoch keiner Schneefall. Eine dünne Schneedecke bedeckt die Straßen und Blöße. Auf den umliegenden Bergeshöhen liegt der Schnee zehn Zentimeter hoch. — In Südbahern und Schwaben ist ein Witterungsumschlag eingetreten. Ein starker Schneefall, verbunden mit heftigem Schneesturm, brachte empfindliche Kälte. Die Alpen sind tief bis zu den Vorbergen mit Schnee bedeckt. Schneestürmungen haben vielfach Verkehrsstörungen hervorgerufen. Ferner wird dem „Berl. Tagebl.“ aus München berichtet: In Bayern ist seit Montag ein in starker Schneefall eingetreten, daß der Eisenbahnverkehr infolge der Schneewehen große Störungen erleidet. In Mühlthal und Weithem erfolgten Jugentgleitungen. Besonders der Gebirgsverkehr stockt. Die Telefonverbindung ist getrennt. — Auch in Holland mildete der Sturm. Aus Rotterdam wird vom Mittwoch gemeldet: Bei Eiburg ist ein Deichbruch eingetreten. Bei Mattembroek wurde der Bahndamm an drei Stellen durchgerissen. Der Bahndamm über Beluwe ist unterbrochen. Ein zweiter Deichbruch wird aus Amerfoort gemeldet. Dort sind die Dämme des Gemüses auf zwei Stellen durchbrochen. Ausgedehnte Flächen sind überflutet. Augenblicklich hat sich der Sturm gelegt und das Wasser fließt ab. Dennoch steht es noch einen Meter hoch über dem Damm der Reichsfahrstraße.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Verteilung der braunen Kuchen. In Hamburger Blättern lesen wir: „Das Kriegsveteranenamt weist nochmals darauf hin, daß wer braune Kuchen zum Weihnachtsfest zu beziehen beabsichtigt, sie spätestens bis zum 7. Dezember in einer Verkaufsstelle der im hamburgischen Stadtgebiet gelegenen Päckereien durch Abgabe des Sonderabschnittes X 31 der allgemeinen Prospektkarte oder des Sonderabschnittes 31 S der Prospektkarte für Kinder zu bestellen hat. Später eingehende Bestellungen müssen unberücksichtigt bleiben.“

Glückliche Hamburg! Warum ist Lübeck nicht in derselben glücklichen Lage? Ein Familienvater, dessen Kinder bei der Lübecker Schokoladenverteilung ausgehoben wurden und diesen wenigstens einen braunen Kuchen auf den Weihnachtstisch legen mocht, bittet die Nahrungsmittelverteilungsstelle um baldige Antwort.

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben für den

Lübecker Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenen und Mitglieder!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

